

Korrespondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 Mk., monatlich 33 Pf.; durch die Postämter und die Buchhändler 1,30 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,68 Mk. Einzelnummer 5 Pf.
Gesamt inbegrifflich 6 mal wöchentlich halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen; in dem Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marknotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum f. Stadt u. Kreis-Veröffentlichung 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinere Anzeigen 25 Pf. Resten um Seite 80 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unterer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annahmestellen entgegengenommen.
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Für unerlangte Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 8.

Donnerstag den 10. Januar 1907.

33. Jahrg.

Das neue Einkommensteuergesetz und die Einkommensteuererklärung.

(Nachdruck verboten.)

Die kritische Zeit der Abgabe der Einkommensteuererklärungen ist wieder gekommen. Für die Einkommensteuererklärung für das Steuerjahr vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 gelangen die Vorschriften des preussischen Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906 zum ersten Mal zur Anwendung. Die Ausfüllung des Formulars für die Einkommensteuererklärung hat deshalb unter Beachtung der neuen gesetzlichen Bestimmungen zu erfolgen und ist ganz anders zu bewerkstelligen als bisher. Das neue Einkommensteuergesetz mit seinen stehenden und einschneidenden Änderungen, mit seinen vielen und oft nicht leicht auszuliegenden Bestimmungen wird nicht weniger wie das bisher in Geltung gewesene Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 einer großen Menge preussischer Staatsbürger viel Kopfzerbrechen und Sorgen machen, namentlich legt zu der Zeit, wo die Steuererklärungen abzugeben sind.

Die nachfolgenden Ausführungen sollen dazu dienen, den Steuerpflichtigen in gemeinverständlicher Weise mit den neuen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes vertraut zu machen und für eine möglichst richtige Ausfüllung der Steuererklärung von Nutzen zu sein.

Die Pflicht, eine Einkommensteuererklärung abzugeben, hat jeder, der zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung aufgefordert ist.

Wird er sie innerhalb der ihm gestellten Frist nicht ab, hat er neben der veranlagten Staatseinkommensteuer einen Zuschlag von 5 Proz. zu derselben zu zahlen. Nach Ablauf der ihm gestellten Frist wird der Steuerpflichtige nochmals zur Abgabe einer Steuererklärung aufgefordert und hat, falls er auf die wiederholte Aufforderung nicht längstens innerhalb 2 Wochen die von ihm geforderte Einkommensteuererklärung abgibt, einen weiteren Steuerzuschlag von 25 Proz. zu entrichten. Geht deshalb jeder, der dazu aufgefordert ist, fristzeitig seine Steuererklärung ab.

Die Einkommensteuererklärung ist spätestens bis zum 21. Januar 1907 dem Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission (in den Landkreisen der Landrat, in den Stadtkreisen der erste Bürgermeister) einzureichen. Auf hinreichend begründeten Antrag eines Steuerpflichtigen, z. B. daß ein Geschäftsmann erst am 1. Februar 1907 mit dem Bücherabschluss fertig wird, kann sowohl die in der öffentlichen Bekanntmachung als auch die in der besonderen Aufforderung gestellte Frist angemessen verlängert werden, in der Regel bis höchstens Mitte Februar. Der Antrag auf Verlängerung der Frist muß vor dem 21. Januar 1907 gestellt werden.

Die Ausfüllung des Formulars für die Einkommensteuererklärung hat damit zu beginnen, daß der Steuerpflichtige seinen Namen, Stand und Wohnung an der dafür bestimmten Stelle in das Formular einträgt. Es sei bereits hier darauf hingewiesen, daß Steuererklärungen, welche in formeller Hinsicht wesentliche Vorschriften des Gesetzes nicht beachten, indem z. B. die einzelnen Einkommensquellen nicht auseinandergehalten sind oder am Schlusse der Steuererklärung die vorgeschriebene Versicherung oder die Unterschrift fehlt, als vorchriftsmäßige Steuererklärungen nicht gelten und als nicht abgegeben angesehen werden.

Nach Angabe von Namen, Stand und Wohnung des Steuerpflichtigen ist in der Steuererklärung der Gesamtbeitrag des Einkommens anzugeben und zwar getrennt nach den einzelnen Einkommensquellen aus

- Kapitalvermögen,
- Grundvermögen, Pachtungen und Mieten,

- Handel, Gewerbe und Bergbau,
- Gewinn bringender Beschäftigung.

Sodann sind Schuldzinsen und Losen, deren Abzug beansprucht wird, einzutragen.

Das Einkommen aus Gewerbe oder Grundbesitz in anderen deutschen Bundesstaaten oder in deutschen Schutzbieten ist steuerfrei.

Das Einkommen aus dem außerhalb des Veranlagungsbezirkes in Preußen belegenen Grundbesitz oder Gewerbebetriebe ist in einer besonderen Unterabteilung mitzutragen; ebenso die bei dem defizienten Einkommen aus Grundvermögen und aus Handel und Gewerbe in Abzug gebrachte Grundsteuer, Gebäudesteuer und Gewerbesteuer und, von Mitgliedern einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in besonderer Rubrik, wie hoch der in dem defizienten Einkommen einbezogene, im Kalenderjahr 1906 empfangene Gesellschafts-Gewinnanteil sich stellt.

Ueber den Kreis der physischen (natürlichen) Personen — Menschen von Fleisch und Blut — ausgedehnt hatte schon das alte Einkommensteuergesetz die Steuerpflicht auf Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Berggesellschaften, sowie auf diejenigen eingetragenen Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, ferner auf diejenigen Konsumvereine mit juristischer Persönlichkeit, welche einen offenen Laden halten.

Das neue Einkommensteuergesetz hat die Steuerpflicht weiter ausgedehnt auf alle

- a) Vereine, einschließlich eingetragener Genossenschaften,

zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Mäß im kleinen, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder nicht hinausgeht (Konsumvereine),

- b) Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sofern sie in Preußen ihren Sitz haben.

Konsumvereine, welche durch billige Abgabe ihrer Waren einen jährlichen Ueberschuß von mehr als 900 Mk. nicht erlangen, sind steuerfrei.

Als steuerpflichtiges Einkommen der Gesellschaften mit beschränkter Haftung gilt der nach der Inventur und Bilanz sich ergebende Geschäftsgewinn. Von dem Mitgliede einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung wird derjenige Teil der auf ihn veranlagten Einkommensteuer nicht erhoben, welchen er als Gewinnanteil aus der in Preußen steuerpflichtigen Gesellschaft im letzten Jahre erhalten hat. Den außer Hebung zu legenden Einkommensteuerbeitrag bestimmt der Vorsitzende der Veranlagungskommission, jedoch nur dann, wenn das Gesellschaftsmitglied eine Steuererklärung abgegeben und in dieser den von ihm empfangenen Geschäftsgewinn besonders bezeichnet hat.

Gewinnanteile von Gesellschaften mit beschränkter Haftung gehören zum Einkommen aus Kapitalvermögen und sind nach dem Ergebnisse des dem Steuerjahr unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahres zu berechnen.

It hiernach z. B. der Steuerpflichtige veranlagt nach einem Einkommen von 4500 Mk., aber nicht zu dem Steuersatze von 104 Mk., sondern weil er wegen zu unterhaltender Kinder und Familienangehöriger um 2 Stufen ermäßigt ist, zu dem Steuersatze von 80 Mk., und stellt sich der Gesellschaftsgewinnanteil auf 4000 Mk., so werden außer Hebung gesetzt

$$\frac{4000}{4500} = \frac{80}{104} \text{ von } 80, \text{ also } 71 \text{ Mk. } 11 \text{ Pf., abgerundet } 71 \text{ Mk.}$$

Die sich bei der Berechnung ergebenden nicht auf volle Mark lautenden Steuerbeiträge werden bis zum Betrage von weniger als 50 Pf. nach unten, beim Betrage von 50 Pf. und mehr nach oben auf den nächsten vollen Markbetrag abgerundet.

Für die Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist durch das Einkommensteuergesetz ein besonderer Einkommensteuertarif festgelegt, der in seinen Sätzen sich etwas höher stellt als der

Tarif für die übrigen Steuerpflichtigen.

Für letztere ist der Steuersatz bis zu einem Einkommen von 100 000 Mk. progressiv, das heißt, je höher das Einkommen ist, desto höher stellt sich in Prozenten des Einkommens der Steuersatz. Wer beispielsweise 120 000 Mk. Einkommen hat, muß 360 Mk. Staatseinkommensteuer zahlen, das heißt, von jedem hundert Mark zahlt er 3 Mk. (3 Proz.). Wer die Hälfte, 60 000 Mk. Einkommen hat, zahlt nun nicht etwa die Hälfte von 360 Mk., sondern er zahlt weniger, nämlich nur 146 Mk. Staatseinkommensteuer, das heißt, von jedem hundert zahlt er nicht voll 2 Mk. 50 Pf. (2 1/2 Proz.). Wer nun nur 3000 Mk. Einkommen hat, zahlt wiederum nicht etwa die Hälfte von 146 Mk., sondern er zahlt nur 52 Mk. Staatseinkommensteuer (1 2/3 Proz.). Der Steuersatz belafast das Einkommen, nach den mittleren Beträgen der Stufen berechnet, in der untersten Stufe (900—1050 Mk. Einkommen) mit 0,62 Proz., in der 10. Stufe (2700—3000 Mk. Einkommen) bereits mit 1,82 Proz., in der 26. Stufe (9500—10500 Mk. Einkommen) mit 3 Proz., Einkommen von 100 000 Mk. und höher mit 4 Proz. Von 100 000 Mk. Einkommen ab bleibt der Steuersatz prozentual unverändert, der Steuersatz stellt sich auf 4 Proz. des Einkommens ohne Unterschied, ob der Steuerpflichtige 200 000 Mk., 800 000 Mk. oder über eine Million Einkommen hat.

Die Berücksichtigung der Gewährung von Unterhalt an Kinder ist nicht nur, wie bisher, bei Steuerpflichtigen bis zu 3000 Mark, sondern fortan bei Steuerpflichtigen bis zu 6500 Mk. Einkommen vorgeschrieben, ferner findet nach dem neuen Einkommensteuergesetz eine Ermäßigung der Steuersätze statt nicht nur wegen zu unterhaltender Kinder unter 14 Jahren, sondern auch wegen noch zu unterhaltender älterer Kinder und wegen zu unterhaltender anderer Angehöriger.

Nach den neuen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes ist einem Steuerpflichtigen, dessen Einkommen den Betrag von 3000 Mk. nicht übersteigt, von dem steuerpflichtigen Einkommen für jedes Kind, von dem steuerpflichtigen Einkommen für jedes Kind oder anderen Familienangehörigen, welchen er auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt gewährt, der Betrag von 50 Mk. in Abzug zu bringen mit der Maßgabe, daß in jedem Falle eine Ermäßigung stattfinden muß um eine Steuerstufe bei dem Vorhandensein von 3 oder 4, um zwei Steuerstufen bei dem Vorhandensein von 5 oder mehr dergleichen Familienmitgliedern.

Bei Einkommen von mehr als 3000 Mk., aber nicht mehr als 6500 Mk. muß Ermäßigung erfolgen um eine Stufe bei 3 oder 4, um zwei Stufen bei 5 oder mehr zu unterhaltenden Kindern oder Familienangehörigen.

Bei der Feststellung der vorerwähnten, für die Ermäßigung maßgebenden Personenzahl werden nicht mitgerechnet die Ehefrau des Steuerpflichtigen und diejenigen Kinder und Angehörigen, welche das 14. Lebensjahr überschritten haben und entweder im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe des Steuerpflichtigen dauernd tätig sind oder ein eigenes Einkommen von mehr als der Hälfte des ordentlichen Tagelohns nach ihrer Altersklasse und nach ihrem Geschlecht haben.

Ist ein Steuerpflichtiger außergewöhnlich belafast durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, durch andauernde Krankheit, so kann nach dem Befehle eine Ermäßigung des Steuersatzes um 1—3 Stufen stattfinden, sofern das steuerpflichtige Einkommen 9 500 Mk. jährlich nicht übersteigt.

In der Einkommensteuererklärung ist ein entsprechender Vordruck vorzusehen, und der Steuerpflichtige hat an dieser Stelle der Steuererklärung wegen Ermäßigung des Steuersatzes die erforderlichen Angaben über Zahl und Alter der von ihm zu unterhaltenden Kinder und Angehörigen zu machen. (Schluß folgt.)

Die Gröffnung der Landtagsession.

Die neue Session, deren Gröffnung am Dienstag stattgefunden hat, wird aller Voraussicht nach im Kontrast zu der bevorstehenden ersten Session des neuen Reichstages eine sehr inhaltsreiche, um nicht zu sagen langweilige werden. Wenigstens ließ sich das herausgehören aus der Thronrede, deren Verlesung sich der Ministerpräsident und Reichskanzler Fürst Bülow im weissen Saale des königl. Schlosses unterzog. Es hat kaum je eine Thronrede gegeben, die sich über die Aufgaben, die dem Landtage demnächst gestellt sind, kürzer und lebenschaftlicher gefaßt hätte. Die Thronrede konstatiert zunächst mit Genugtuung erfreuliche Rechnungsergebnisse für das Etatsjahr 1905. Inbezug auf den Staatshaushaltetat für 1907 verbucht sie für Einnahmen und Ausgaben ein Gleichgewicht, jedoch mit dem erfreulichen Zusatz, daß infolge stark gesteigerter Einnahmen für alle Zweige der Staatsverwaltung Mehraufwendungen in größerem Umfange in Aussicht genommen werden dürften, so vor allem für Gehaltsaufbesserungen für eine Reihe von Beamtenkategorien, mittlere und untere Beamte des Landesdienstes. An Gehaltsvorlagen wird blutwogen in Aussicht gestellt. Freilich hatte man ja auch nicht mehr erwartet. Mit Rücksicht auf die neuen Militärpensionsgesetze im Reiche sollen die Zivilpensionsgesetze eine entsprechende Veränderung erfahren zu Gunsten der pensionierten Beamten sowie ihrer Hinterbliebenen. Man wird darüber nur Genugtuung empfinden können. Weiter wird wieder eine sogen. Sekundärbahn-Vorlage besprochen, sowie eine Vorlage im Sinne des bekannnten Kampfen-Antrages, also über Transporthabnahme des Munitionsgutes auf Steinbohle und Salge für den Staat. Das wichtigste Stück Arbeit, welches dem Landtage beschieden sein wird, betrifft die Polen-frage. Eine „kräftige und beharrliche Durch-führung“ der zur Stärkung des Reichstums in den Ostprovinzen eingeleiteten finanziellen Maßnahmen wird für unbedingt notwendig erklärt und ein entsprechender Gehaltsaufschlag verheißen. Diese „kräftige Durch-führung“ soll offenbar andeuten, daß wiederum neue gewaltige Mittel für Auffüllung des Anstellungsfonds werden erbeten werden, wie das ja auch bereits offiziell verlautet hat. Aus den Lehren der Vergangenheit scheint also die Regierung die richtige Lehre noch nicht gezogen zu haben. In „ernster Zeit“ nimmt, wie es in der Thronrede zum Schluss heißt, der Landtag seine Arbeiten wieder auf. Augenscheinlich soll damit angedeutet werden auf die Situation im Reiche, die Aufklärung des Reichstages und was damit zusammen-hängt. Schade nur, daß in „so ernster Zeit“ die Staatsregierung in ihrer Thronrede weder an eine Reform des Dreiklassen-Wahlgesetzes noch auch daran gedacht hat, wie überaus hart nicht nur die Beamten, sondern auch weitere Kreise von der Fleischsteuerung betroffen werden.

Die Etatsrede des Finanzministers.

Die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses, die am Dienstag der Gröffnung des Landtages auf dem Fuße folgte, nahm einen ungewöhnlichen Verlauf. Während es sonst üblich ist, daß der Herr Finanz-minister den Staatshaushalts-Etat erst in der zweiten Sitzung, nach stattgehabter Konstituierung des Hauses durch Wahl des Präsidiums, einbringt, legte er dem Hause diesmal den Etat bereits heute vor. Mit der üblichen längeren Rede. Bei der Fülle von Zahlen, mit denen die Herr bei solcher Gelegenheit über-schüttet werden, versteht es sich von selbst, daß das Interesse an dem Gegenstande rasch erlahmt und nur stellenweise lebhafter hervortritt. Heute war das um-fomehr der Fall, als der Inhalt der finanzministeriellen Ausführungen nicht im mindesten weniger farblos war, als der Inhalt der Thronrede. Von all-gemeiner Interesse waren die Feststellungen des Ministers über die Finanzergebnisse des letztab-geschlossenen Etatsjahres 1905 (46 Millionen Ueber-schuss), sowie des laufenden Etatsjahres 1906 (etwa 37 Millionen Ueberschuss). Mit besonderer Genug-tuung konstatierte der Minister, als Signatur der gegenwärtigen Zeit die andauernd erfreuliche Auf-nahmefähigkeit des Inlandsmarktes, wobei er ni-herausrühend unterließ, wie gerade der der Landwirt-schaft zuteil genommene stärkere (Zoll-)Esguss der beste Faktor auch für das Gedeihen der Industrie sei. In einem kleinen Widerspruch hierzu bewegte sich der Minister, indem er selber zugeben mußte, in wie außerordentlichem Maße die Wäute der Eisen- und Kohlenindustrie sowie überhaupt der Industrie, deren wir zur Zeit erfreuen, mit herbeigeführt worden sei durch Betriebsmittel-Bestellungen der Eisenbahn-verwaltung. Auf das Jahr 1907 übergehend, war sich der Minister bewußt, daß auch in wirtschaftlicher Beziehung die Räume nicht in den Himmel wachsen. Ein gewisser Rückschlag sei also wahrscheinlich, wann dieser Umkehrung eintrete, wisse freilich niemand. Er selbst halte, wie er hinzufügte, und wie man voraus-sichtlich namentlich in Borsenkreisen gern von ihm ver-

nehmen wird, die wirtschaftlichen Aussichten auch jetzt noch für günstige, zumal der politische Himmel wolkenlos sei. Im Anschluß hieran sang Herr v. Rhein-baben wieder den Kohlen- und Stabl-syndikaten ein Lob. Er selbst habe zwar wegen seiner früheren gleichartigen Neuzerungen Ansehungen erfahren, doch bleibe er dabei, daß die betr. Syndikate segensreich wirkten, indem sie die Fleischveräußerungen in angemessenen Grenzen bielten. Wenn in den letzten Jahren die Preisbewegung nach oben und nach unten sich in beschiedenen Grenzen gehalten habe, so sei das eben nur der regulierenden Tätigkeit beflagter Syndikate zu verdanken. Als beherrschende Momente in dem neuen Etat, der in Ausgabe und Einnahme mit 3387 Millionen abschließt, bezeichnete der Minister sobann 1. die starken Mehraustrüstungen verschiedener Staatsverwaltungen und 2. die Erhöhung der Aus-gaben für verschiedene Beamtenkategorien, namentlich des Landesdienstes. Auf der Rechten wurden ihm besondere Beifällrufe zuteil, als er unter den mit Gehalts erhöhungen zu bedenkenden Beamten u. a. die Förher, Schugleute und Oendarmen nannte. Abge-meinert Befall vermochte er einzubringen, als er für das nächste Jahr weitere Gehaltsverbesserungen in Aussicht stellte, namentlich für die mindestbesoldeten Kategorien. Auch die Verbeugung der Vorlage wegen der Pensionserhöhungen für mittlere und untere Beamte wurde beifällig aufgenommen. Die Mindestpension soll von 1/2 auf 3/4 des Gehalts gesteigert und der Bezug des Pensionsmarimums schon nach 30, statt bisher 35 Jahren ermöglicht werden. Weiter ist noch der Rede zu entnehmen, daß sich die Regierung die Er-richtung neuer Schulstellen anlegen sein lassen will — was ja sehr dankenswerter ist, aber nicht viel helfen kann, wenn nicht auch für Abhilfe des Lehrermangels gesorgt wird! — sowie, daß der Etat auch neue 7 1/2 Millionen für Schulbauzwecke enthält. Zum Schluss hat Herr v. Rheinbaben um baldige Fertig-stellung des Etats allen Schwierigkeiten zum Trost, die sich aus der Reichstagswahlen und aus dem frühen Oftertermin ergeben. Was der Präsident von Kröcher in dieser Richtung tun kann, wird er jeden-falls tun. Man weiß ja, wie er schon bisher auf dem Wege der „Kontingenterung“ den Fleiß der Abgeordneten mit der Heppelfeiche antreibt.

Zu den Wahlen.

Ueber die Aufnahme des Sitzbest-riebes hatte die „Kreuztg.“ bekanntlich wie folgt geurteilt: „Das Zentrum, das er bekämpfen will, scheidet sich durch seine Worte geschmeidig, die freisinnigen, die er gewinnen will, fällen sich beileidigt; die Nationalliberalen, die er als alte treue Freunde behandelt, ferner die parteiugewissigen Wahlpraktiken fort, und die Konservativen, die ihre Bedeutung als politische Partei nicht in materiellen Bekörbungen aufgeben lassen, sind gekränkt, weil sie sich als gestügte Algerier hingestellt sehen.“ — Die „Norb. Allg. Ztg.“ erwidert nun hierauf: „Soweit die Beobachtungen der „Kreuztg.“ richtig sind, enthalten sie ein ungünstiges Zeugnis nicht sowohl für den Brief des Fürsten Bülow als für den alten deutschen Parteigeist, gegen den er gerichtet war. Die eine Partei, das Zentrum, gegen die der Brief wegen ihres im Bunde mit der Sozialdemokratie bewiesenen Fraktionsegoismus zur Einigung aller nationalen Elemente mahnt, ist geschmeichelt, weil der Brief ihre frühere Mitarbeit an wichtigen Reichs-gesetzen nicht verschweigt. Die andere Partei, die freisinnige, auf deren wachsendes Verständnis für große nationale Fragen der Reichskanzler Hoffnungen setzt, ist umgekehrt beleidigt, weil der Brief auch von ihrem früheren Doktrinismus spricht. Die dritte Partei gar, die konservative, soll gekränkt sein, weil neben der Anerkennung ihrer bewährten nationalen Haltung der Brief den unbedingt notwendigen Esguss der Landwirtschaft und seine Sicherung in den Handelsverträgen erwähnt. Eine derartige Um-sichtig-samkeit scheint uns zu beweisen, wie wahr das Wort von der deutschen Eigenart, dem deutschen Schicksal, in dem Substanzbriefe ist, daß wir unsere Stellung lieber nach allgemeinem Ge-fühlen und Begriffen als nach nationalen Gesichtspunkten und realen Interessen nehmen. Hoffentlich wird sich das gesunde, unabhängige, vor allem auf die obersten Reichsinteressen blüende Urteil, an das Fürst Bülow appelliert hat, durch solche Schwächen des Fraktions- und Partei-geistes nicht beirren lassen.“

Die Deutschen in der Provinz Posen haben einen gemein-samen Wablaufsuff erlassen. Die unterzeichneten Vereine, nämlich der Bund der Landwirte, der konservative Zentralverein, die frei-sinnigen Bezirksverbände Posen und Bromberg, der Verband der Vereine deutscher Katholiken und der Dänemarken Verein, erwarten mit voller Zuversicht ein gemeinsames Vorgehen bei den Reichstagswahlen und fordern von jedem deutschen Wähler, daß er am 25. Januar seine Stimme für den vereinbarten deutschen Kandidaten abgibt. — Wie schon früher

gemeldet, ist es aber wieder einmal der Bund der Landwirte, der sich der nationalen Parole nicht fügen will. Obwohl seine Führer Entbell, v. Born-fallos und v. Urruh den gemeinsamen deutschen Wablaufsuff unterzeichnet haben, geht in Samter-Obornik-Birnbaum der Bund der Landwirte mit dem Zentrum gegen den deutschen Kandidaten vor. Hierdurch ist die Wahl des Polen gefährdet. — Wie die „Posener Zeitung“ noch zu den Einigungs-verhandlungen der Deutschen in Posen bemerkt, ist eine bindende Vereinbarung dahin getroffen worden, daß die Freisinnigen für die Reichstagswahlkreise — mit Ausnahme von Garnikau-Flelene — auf Aus-stellung eigener Kandidaten verzichten, während für die nächsten Landtagswahlen die Konserativen den Bestühnand der Freisinnigen vorbehaltlos anerkennen. Bezüglich Garnikau-Flelene ist selbstverständlich vereinbart worden, daß bei einer Stadtwahl die aus-gesessene deutsche Partei den deutschen Kandidaten, der in die engere Wahl kommt, zu unterstufen hat.

Deutschland.

Berlin, 9. Jan. Der Kaiser kehrt Dienstag vormittag die Vorträge des Chefs des Militärkabinets, des Chefs des Admiralstabes und des Chefs des Marinekabinets.
— (Der Rücktritt Dr. v. Studt) wird wieder einmal in nähere Aussicht gestellt. Nach dem Berliner Korrespondenten der „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird in gut unterrichteten Kreisen ver-sichert, der preussische Kultusminister v. Studt werde in einigen Monaten, sobald sein Etat vom Landtag erledigt ist, im Hinblick auf sein hohes Alter von seinem Amt zurücktreten. — Wir registrierten diese Nachricht nur der Vollständigkeit halber.
— (Kardinal Koppy) feierte am Montag in Breslau sein 25jähriges Bischofsjubiläum.
— (Die Verlegung des Oberpräsidentens der Provinz Schleswig-Holstein) und des schleswig-holsteinischen Provinzialschulkollegiums von Schleswig nach Kiel ist in dem neuen preussischen Etat vorgesehen.
— (Zu der Forderung des polnischen Religionsunterrichts für die polnischen Kinder) bringen mehrere Blätter als Gegenstück eine Entschcheidung, die auf eine Eingabe der deutschen Katholiken von Śardoba an den Erzbischof ergangen ist. Die deutschen Katholiken hatten in Anbetracht ihrer großen Anzahl den Antrag gestellt, daß in Śardoba alle vier Wochen ein deut-scher Gottesdienst stattfinden möge. Bis jetzt wurde nur viermal im Jahre eine deutsche Anbadt abgehalten. Auf die vor dreizehn Jahren ergangene Bestimmung an den verstorbenen Erzbischof hat der Weibischof Likowski nunmehr einen abtnehenden Bescheid gefällt, ohne irgend welche Gründe an-zugeben.
Parlamentarisches.
Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 8. Jan.) Das Abgeordnetenhaus trat Dienstag im Anschluß an die Gröffnung des Landtages zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nach einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen durch den bisherigen Präsidenten v. Kröcher brachte der Finanzminister Herr v. Rheinbaben, abweichend von dem alten Brauche, wovon dies erst in der zweiten Sitzung geschah, den Etat ein. Er gab zunächst eine Uebersicht über den günstigen Abschluß des Etatsjahres 1905. Er wies auf die außerordentlich günstige wirtschaftliche Entwicklung in beiden Jahren hin, die gesteigerte Produktion auf gewerblichem Gebiet seit im Jahre 1905 zum größten Teile vom Innlande entgegenkommen worden. Mit der Forderung der Landwirtschaft wurde der Industrie am besten geehrt. Wichtigkeit ist die Vernehmung der Betriebsmittel der Eisenbahnverwaltung, und die Finanzverwaltung sei in dieser Richtung nicht angezügelt gewesen, sie habe 50 Mill. Mark dafür mehr bewilligt, als vorgesehen war, wozu hoffentlich der Land-tag seine nachträgliche Genehmigung geben werde. Für 1906 werde sich voraussichtlich ein Ueberschuß von 37 Millionen Mark ergeben. Der Finanzminister beschloß einen Rück-sicht auf die wirtschaftlichen Entwiclung, hält aber die Aussichten für das nächste Etatsjahr für günstig. An der Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse in der letzten Zeit hätten besonders das Kreditpolit und der Stahlwerksverband großen Anteil. Der neue Etat balance-riert mit 3187 190 000 Mark. Besonders treten hervor die Forderungen für die Ausschüttung der Betriebsverwal-tungen, namentlich der Eisenbahnverwaltung und die Verwen-dungen für die Beamten. Namentlich sollen die Pensionen der Beamten und ihrer Hinterbliebenen verbessert werden. Weiter sind Mittel für die Vernehmung der Hörschulen und der Schulstellen im Etat vorgesehen. In der Hand einer aus-gleichenden Statistik, deren Einzelheiten leider in der Uebersicht des Hauses verloren gingen, wies der Finanzminister darauf hin, daß die Zahl der steuerpflichtigen Personen außerordentlich gestiegen ist, was einen Beweis für die steigende Wohl-habenheit darstelle. — Die nächste Sitzung findet am Freitag 12 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Präsidiums und die erste Beratung des Etats.
— Das Herrenhaus stellte in seiner ersten Sitzung am Dienstag durch Namensauftritt die An-wesenheit von 131 Mitgliedern fest und wählte dann das Präsidium der vorigen Session wieder: Fürst Knypsbauer zum Präsidenten, Freiherrn v. Man-teuffel und Oberbürgermeister Feder zu Vice-präsidenten. Auf der Tagesordnung der Sitzung am Mittwoch stehen geschäftliche Mitteilungen und die Wahlen von Fachkommissionen.

Anzeigen.

Für diesen Zell übernimmt die Redaktion den Adressat gegenüber keine Verantwortung.
Kirchen- u. Familien-Nachrichten.
 Die Beschlüsse in der Höhe zur Helmat am Donnerstag fällt aus.
 Für die vielen Besuche der Liebe und Teilnahme beim Begräbnis unserer teuren Dahingegangenen sagt Allen herzlichsten Dank
Familie Herm. Hirsch,
 Bielefelder.

Bekanntmachung

betreffend die im Jahre 1907 im Regierungsbezirk Merseburg abzuhalten- den Prüfungen von Fußschmieden.
 Im Jahre 1907 werden leitens der staatlichen Prüfungskommissionen für den Regierungsbezirk Merseburg Prüfungen von Fußschmieden abgehalten werden.
 am 11. März,
 „ 10. Juni,
 „ 16. September,
 „ 16. Dezember.

Die Prüfungen finden in Merseburg in der Fußschmiedelehranstalt des Kreises Merseburg, Sittenstraße 12, statt, und beginnen um 9 Uhr vormittags.
 Der zur Prüfung zugelassen werden will, muß das 19 Lebensjahr vollendet haben und mindestens die letzten 3 Monate vor der Prüfung zur Prüfung im Besitze der Prüfungskommission sich aufgehalten haben. Prüflinge, welche die Prüfung nicht bestanden haben, dürfen erst nach Ablauf von 6 Monaten zu einer neuen Prüfung zugelassen werden.
 Die Meldungen sind an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Veterinär Dr. Heißel in Merseburg, mindestens 4 Wochen vor der Prüfung zu richten, es sind ihnen der Betrag der Prüfungsgebühr, ein Geburtschein und einwärtige Zeugnisse über die erlangte technische Ausbildung beizulegen. Gleichzeitig ist die Erklärung abzugeben, daß sich der Meldende innerhalb der letzten 3 Monate nicht erfolglos einer Fußschmiedsprüfung unterzogen hat. Die Einberufung der Prüflinge erfolgt durch den Vorsitzenden der Prüfungskommission.
 In Ausnahmefällen kann der Vorsitzende auch später einwärtige Meldungen noch berücksichtigen. Die Prüfungsgebühr beträgt 10 Mark, falls dieselbe mit der Post eingeliefert wird, sind 5 Pfennig Postgelde beizulegen. Die Prüfungsgebühr ist verfallen, wenn der Prüfliche ohne genügende Entschuldigung im Termine nicht erscheint oder die Prüfung nicht besteht.
 Bei nachgehender Bedürftigkeit darf die Gebühr ganz oder teilweise erlassen werden.
 Zur Prüfung hat der Prüfliche ein Namens- und einen Unterbau mitzubringen.
 Merseburg, den 12. November 1906.
Der Königlich-Regierungs-Präsident.
 Schr. v. d. Nede.

Barriere-Wohnung
 mit Vorgarten Galleistraße, 24 b für 210 Mk. zu vermieten und 1. April zu beziehen. Nähes Wollschauerstraße 2 b.
 Wohnung, 1. Etage, 4 heizbare Räume, Badezimmer, 2 Kellern, Küche, Bodenlampe, 2 Keller, Gartenanlage, zum 1. Juli 1907 oder auch früher zu beziehen.
Gleichenstraße 21 b, 1. Et.
 Etage und Keller an einzelne Person zu vermieten.
ar. Ritterstraße 23
 ist das Barriere-Logis für 200 Mk. vom 1. April ab zu vermieten.

Serrichaffliche Wohnung
 (1. Etage) ist zum 1. April zu vermieten.
Gustav Engel.

Wanjarde-Wohnung,
 Etage, Kammer, Küche und Zubehör zu vermieten und 1. April zu beziehen. In erfragen in der Exped. d. Bl.
Gismarstraße 1 part., Etage, Kammer Küche an ältere Eheleute zu vermieten und am 1. April zu beziehen. Näheres beim Hausmann **Friedrich.**
 Große zweifelhafte Etage zu vermieten u. 1. April zu beziehen **Arautstraße 14, part.**
Gothardstraße 14/15
 eine abgeschlossene Wohnwohnung mit Aussicht nach dem Garten, 2 große Zimmer, 2 Kammern und Zubehör, Preis 180 Mk., zu vermieten und 1. April 1907 zu beziehen.
 Besichtigung nachmittags von 1—4 Uhr.
 Zu erfragen Konditorei **Schönberger.**
 Wohnung an einzelne ruhige Leute zu vermieten.
Schmalestr. 1.

Freundl. Barriere-Wohnung
 von 4 heizbaren Räumen, Küche, Badezimmer, 2 Kellern, mit elektr. Bel.-Anlage, an ruhige Mieter zu vermieten und 1. April 1907 oder früher zu beziehen. Gefl. Meldungen werden entgegen genommen.
Galleistraße 21 b, 1. Et.
 Ein Logis zu vermieten und 1. April zu beziehen **H. Eickstrasse 20.**

Seffnerstrasse 5
 ist die 2. Etage für 365 Mk. per 1. April 1907 zu vermieten. Näheres große Ritterstraße 15.

Nachruf.

Plötzlich und unerwartet ist am 7. d. Mts. unser Kamerad und Vereinsmitglied, der Königl. Eisenbahn-Zugführer a. D.

Herr Robert Grune,

durch den Tod aberufen worden.
 In dem Entschlafenen, der an den glorreichen Feldzügen 1866 und 1870/71 ehrenvoll teilgenommen hat, verliert der Verein einen treuen Kameraden von patriotischer Gesinnung.
 Es wird ihm von den Vereinsmitgliedern allezeit ein ehrendes Andenken bewahrt werden.
 Merseburg, den 8. Januar 1907.

Der Vorstand des Vereins ehemaliger Artilleristen in Merseburg und Umgegend.

Unsere Mitglieder ersuchen wir, die Mitgliederbücher zum Vortrag des Guthabens für 1906 bis 15. Januar 1907 in unserm Geschäftslotal abzuliefern.

Vorhuß-Verein zu Merseburg
 eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Saftpflicht.
F. G. Dürr. E. Hartung. R. Heyne.

Gummi-Heberschuhe
 nur beste, bewährte Marken in- und ausländische Fabrikate empfehle trotz bedeutenden Preis-Aufschlags solange meine großen Vorräte reichen, zu alten billigen Preisen.
Paul Exner, Hoßmarkt 12.

Etage, Kammer, Küche an ruhige Leute zu vermieten und 1. April zu beziehen.
Sand 15.
 Wohnwohnung an ein paar einzelne Leute zu vermieten **Unterartenburg 24.**

Oberburgstrasse 5
 1. Etage ganz oder geteilt zum 1. April oder 1. Juli zu vermieten.

Oberreitstraße 4 ist eine kleine Wohnung, Etage und Kammer, an eine einzelne Person zu vermieten und 1. April zu beziehen.
Unterplan 1 ist kleine für einzelne Dame bewohnte Wohnung, 1. April beschbar zu vermieten.

Eine Wohnung an Leute ohne Kinder und eine Wohnung an einzelne Person zu vermieten **ar. Eickstraße 11.**

Eine Wohnung im Preise von 50—56 Tfrn. zum 1. April gesucht. Offerten unter **BA** in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Wohnung, bestehend aus 3 bis 4 Zimmern, Küche, Räume, möglichst mit Garten, zum 1. April zu geucht. Offerten unter **AC** an die Exped. d. Bl. erbeten.
 3 Personen suchen Wohnung im Preise von 45—50 Tfrn., wenn möglich mit Schneemahl. Offerten unter **PH** an die Exped. d. Bl.

Einfamilienhaus,
 der Nienstet endwiegend eingedeckt, 7 Zimmer und alles Zubehör, mit Badeeinrichtung und Gasleitung sowie Garten billig zu verkaufen oder am 1. Oktober event. schon früher zu vermieten. Interessanten werden gebeten, unter **CG 100** in der Exped. d. Bl. gefl. anzukun-

1 neuerbautes Wohnhaus
 unter günstigen Bedingungen bei wäufiger Anzahlung sofort zu verkaufen. Offerten unter **S 100** an die Exped. d. Bl.

1500 Mk., 4000 Mk. und 12500 Mk.
 per sofort resp. 1. April 1907 gegen erste Sicherheit anzuleihen. Näheres **H. Ritterstraße 4 I.**

Damenmasken
 billig zu verkaufen **Wreitstraße 3, 2. Et.**

Damen-Maske anzüge
 sind zu verkaufen **Galleistraße 19.**

Gerstenspreu
 hat abzugeben **Erfarth, Galleistraße 34.**

4 grosse Läuferschweine
 haben zu verkaufen **Amtshäuser 12.**

1 hochtrag. junge Kuh
 steht zum Verkauf **Wüteneufisch Nr. 14.**

Ein Paar Läuferschweine
 zu verkaufen **Neumarkt 42.**

Ein Pferd,
 9jährig, schwebere Heber, steht zu verkaufen. **Abd? hat die Exped. d. Bl.**

13 Stück vorjährige
Kallener-Kühner,
 gute Blätterleger, beiderringshaber zu verkaufen. **Friedrichstraße 14.**

1 große Kuh mit Kalb
 steht zum Verkauf **Friedrich Nr. 15.**

Gebrauchte Oefen
 zu kaufen gesucht. Offerten unter „Den“ an die Exped. d. Bl.

Speisefkartoffeln,
 auf Lokand, a Zentner 2,60 Mk., liefert jedes Quantum frei Haus

O. Schwarz, Nordstraße.

Blütenhonig,
 feinste Qualität, garantiert rein, unphosphat **Gust. Halpricht.**

Hocheinste
Molkerei-Zafelbutter
 empfiehlt **Ad. Schäfer.**

Eier,
 groß und gesund, a Mandel 16 Stück Mk. 1,10 **Emil Wolff.**

Grüne Heringe
 empfiehlt **W. Krämer.**

Supal,
Sozonöl
 halten das Schuh- und Stiefelleber weich und machen es wasserfest, **Schachteln 10 u. 20 Pf., Flaschen 15, 25, 50 Pf.**
echte Guttaku-Bitzwische
 bei

Oskar Leberl,
Burgstraße 16.

Echte
Halberstädt. Würstchen
 Paar 15 Pf.

Ketter Sped **Bfd. 80 Pf.**
Mag. Sped **Bfd. 90 Pf.**
Schinkenped **Bfd. 110 Pf.**
1 a. mild. Lachsichinen
 im ganzen Bfd. 145 Pf.
Bomm. Gänsebrust i. g. Bfd. 180 Pf.
Lühr. Fleischwurst Bfd. 85 Pf.
W. Thür. Rotwurst Bfd. 60 Pf.
Wasserschlacht. Süßwurst Bfd. 80 Pf.
Ger. Schellfische 5 Stück 30 Pf.

Süsse
sattige Apfelsinen
 Stück 4 und 5 Pf

Otto Gottschalk,
 Markt 11.

Damen-
bedarfsartikel
 Gesundheits-
 binden.
 Alle Artikel für
 Wö-
 cher-
 ninnen-,
 Kinder- und
 Kranken-
 pflege.
Central-Drogerie
 Markt 10.

Nähmaschinen
 werden schnell und gut repariert bei
L. Albrecht, Schmalstraße 23.

Husten
 Geheilt, Versteilung, Hals-
 leiden, Keuchhusten, Asthma und jedes
 wochen Erkrankungs-
 der
 Luftwege nehme man nur
Reichels Hustentropfen.
 Durch Destillation aus Arabia 10,
 Mentha-Camp. 1, Anis 7, Pimpin.
 16, feinst. Spirit. rect. 70, den wirt-
 schaftlichsten in der medizinischen
 Praxis emp. Argemoneffenen hergestellt.
Der Erfolg ist überaus!
 Echt und wirksam nur in Flaschen
 a 50 Pf. mit Marke „Medico“ u. dem
 Namen **Otto Reichel, Berlin SO.**
In Merseburg bei Rich. Kopper,
Central-Drogerie, Markt 10, W. Kies-
lich, Adlers-Drogerie.

Ein Schak
 ist ein ganzes reines Gesicht, welches jugend-
 liches Aussehen, weiße sammetweiche Haut
 und blendend schöner Taunt. Alles dies wird
 erreicht durch die e h e

Stedenfeld-Vollmilch-Seeife
 von Bergmann & Co., Radebeul
 mit Seife: Stedenfeld
 a Stück 50 Pf. bei: **Anguste Berger,**
Leipzig; Seifenfabrik-Medell, E. Müller,
W. Fuhrmann, Paul Richter.

NACH PROFESSOR GRAHAM:
AMBROSIA
BROD u. CAKES
GERICKE-POTSDAM
 Verträglich der schwächste Magen
 schon morgens Früh.
 ECHT bei:
C. L. Zimmermann.

Eine Sammelstelle

für den Wahlfonds des Liberalen Wahlvereins Merseburg-Querfurt befindet sich in der Expedition des Merseburger Correspondent, Delgube 5.

Beiträge werden dort jederzeit entgegengenommen.
Der Vorstand des Liberalen Wahlvereins Merseburg-Querfurt.

Rüben-Abschlüsse
für Zuckerfabrik Walkwitz bei konstanter Abnahme nimmt entgegen
A. Kurth.

Sterbe-Kasse „Zur Eintracht“, Merseburg.
Sonntag den 13. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im „Thüringer Hof“ ordentliche Generalversammlung statt.
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung.
2. Wahl der Revisoren.
3. Berichtlesen.
4. Vorstandswahl.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. Auch können die neuen Statuten in Empfang genommen werden.
Der Vorstand.

Verein der Gastwirte von Merseburg und Umgeg.
Freitag den 10. Jan., nachmittags 3 1/2 Uhr, Monatsversammlung in der „Wilhelmsburg“. Der Vorstand
Verein ehem. Jäger u. Schützen.



Heute Donnerstag Monatsversammlung im Halben Mond. Vortrag: Erlebnis im Silberweid gegen die Herzo. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Männer-Turn-Verein. Deutsche Turnerschaft.
Die Turnstunden finden wieder regelmäßig jeden Dienstag u. Donnerstag in der städt. Turnhalle statt. Anmeldungen werden an den Turnabend entgegen genommen.
Der Vorstand.

Dauers Restauration. Heute Schlachtfest. Morgen Schlachtfest. C. Stöger, Blumenstraße 1.

Heute Schlachtfest. F. Dahn.

Bäckerlehrling
Heft Othen 1907 ein
Ernst Schurig, Braunsstr. 1.

Einen Sattler-Lehrling
sucht **Gust. Friedrich**, Sattlermeister.

Einen Kellerlehrling
sucht **T. Prüssler**, Bahnhofstr.

Einen Lehrling
sucht zu Othen **O. Rost**, Reichhermeister.
Einen Lehrling
sucht sofort oder zu Othen **F. Schnurpfeil**, Buchbindermeister.

Liberaler Wählerversammlung in Mueheln.

Am Sonnabend den 12. Januar d. J., abends 8 Uhr, findet im „Schützenhaus“ in Mueheln eine öffentliche

liberaler Wählerversammlung

statt, in welcher der Kandidat der vereinigten Liberalen im Wahlkreise Merseburg-Querfurt,

Herr Gutsbesitzer Koch-Unterarnstedt, sprechen wird.

Alle bürgerlichen Reichstagswähler werden hierzu eingeladen.
Der Liberaler Wahlverein Merseburg-Querfurt.

Der **Gesang-Verein „Lyra“** hält Sonntag den 20. Januar 1907 von abends 6 Uhr an, in den festlich decorierten Räumen des „Zwoll“ einen **Maskenball** ab.
Zur Aufführung gelangt:
Im Hafen von Dar-es-Salaam.
Einlaufarten für Herren u. Damenmädchen sowie für Zuschauer sind zum Preise von 75 Pf. in folgenden Gesellschaften zu haben: bei Herrn Kaufmann **Hubert**, II. Mittelstr. 18; Herrn Kaufmann **Budjmann**, Sand 3; Herrn Kaufmann **Schumann**, Unteraltendurg 20; Herrn Kaufmann **Diegel**, Dom 1; Frau **Wine Schreyer**, Baumstr. 64; Herrn **Friseur Will**, an der Gasse 3; Herrn **Hotel, Restaurant „Deutscher Kaiser“**, Annenstr. 8 und bei unserem Vereinstoten Herrn **K. Zahn**, gr. Strikstraße 16. An der Abendkasse Masken und Zuschauer 1 Mark. Das Restkomitee.

Thüringer Hof. Sonntag den 13. Januar abends 7 Uhr **grosser Volks-Maskenball** in sämtlichen festlich decorierten Räumen. Die schönste Damenmaske erhält ein komplettes Kaffeestück, die schönste Herrenmaske eine hochfeine Zahnpuder mit Kette.
Balkonkaffee von einer renommierten urkömlichen Damenkapelle.
1/2 Uhr große Sektolonaie durch sämtliche Lokalitäten unter Vorantritt der Damenkapelle, darauf Prämierung.
Masken freien Zutritt. Zuschauer 30 Pf. Entree.

Casino. Freitag den 11. Januar. Einmaliges Gastspiel der altrenommierten urwäldischen **Bliemchen's Leipziger Sänger** (seit 1868) Direction **Wilhelm Gipner** (seit 1868) sowie Auftreten des Herrn **W. Fernando**, gen. „Der schnelle Stabstropf“, sowie Deutschlands unübertrefflicher Doppel-Pistolen-Virtuos (ohne Konkurrenz).
8 Sänger 8 Schauspieler 8 Humoristen 8 Instrumentalisten.
Anerkannt die beste sämtliche Quartett-Gesellschaft.
Gänzlich neues, urwäldisches und bezauberndes Programm. Überall durchschlagender Erfolg.
Nur künstlerische Leistungen. Beginn Anfang 8 1/4 Uhr. **Kassenspreis 60 Pf.**
Billets vorher: 50 Pf. bei Herrn Kaufmann **Schurig**, im Zigarrengeschäft des Herrn **Altendorf** und im „Casino“. Vereinsbillets 40 Pf.
Die Firma: Bliemchen's Leipziger Sänger bürgt für einen genussreichen Abend in Ernst und Scherz.

Restaurant Hohenzollern. Donnerstag den 10. d. Mt. **Großes Schlachtfest** und **Ausflug mit Bayerischen Volkstheater.** ff. Beil und Dunkel vom bürgerlichen Brauhaus. Morgens von 9 Uhr ab Weißbrot und abends von 6 Uhr ab Bealwerk und frische Bursk.
E. Simon.

Neuer Konsumverein zu Merseburg
e. G. m. b. S.
Bilanz per 30. September 1906.

Aktiva	M. Pf.	Passiva	M. Pf.
An Inventar	970	Der Reservefonds	853
„ Forderung	30	„ Kautionskonto	563 50
„ Inventar	6	„ Anteilkonto	1158 30
„ Kassa-Konto	55 68	„ Konto-Korrent-Konto	9908 40
„ Debitorenkonto	1922	„ Dispositionsfonds-Konto	233 79
„ Warenkonto	13 715 37	„ Gewinn	3166 21
„ Konto-Korrent-Konto	153 15		
	16 882 20		16 882 20

Witgliederbewegung.
Die Mitgliederzahl betrug am 30. September 1905 Neueingetretene sind
Ausgeschieden im Berichtsjahre Bestand am 30. September 1906
Die Mitglieder-Summe betrug am 30. September 1906
Der Vorstand. Prüfer. Trautmann. Dyle.

Kaiser-Wilhelms-Halle. Welt-Panorama.
Das neueste Naturereignis: Die durch Erdbeben und Feuer zerstörte Stadt St. Franzisko.

Einen Bäckerlehrling
sucht Othen **C. Brückner**, Bäckermeister, Hallestr. 13.

Lehrling
gesucht unter günstigen Bedingungen.
Paul Herrmann, Kohgermeister, Bäckerstr. 2.

Einen Lehrling
sucht zu Othen **K. Schramm**, Schmiedemeister, Reichardtswerben.

Stellmacherehrling
zu Othen unter günstigen Bedingungen gesucht.
Schellenberg, Wallendorf b. Merseburg.

Ein Junge zum Gänschützen
wird zum 1. April gesucht. Zu melden beim **Schüler Bantsch**, Böfchen.

Peitschenhobler
sofort gesucht.
Peitschenfabrik Weiskenslerstr. 20.

Armaturen Schlosser oder Metalldreher
(Borarbeiter oder Meister) von Leipzig Armaturenfabrik

Revisionsmeister
sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsangabe u. genauer Lebensläufe bef. sub **L. G. 65** **Daube & Co.**, Leipzig.

Former
für ihre Eisenfabrik sucht
Merseburger Maschinenfabrik und Eisengießerei B. Herrich & Co.
Die Stelle eines **Rohstoff-Lagerverwalters** ist neu zu besetzen.
Merseburger Buntpapierfabrik. Sebastian Hellmann.

Gesichtete Mädchen
sucht für dauernde Beschäftigung
Otto Schulz, Kartonnagenfabrik.

Köchinnen, Haus- u. Stubenmädchen
finden bei hohem Lohn angenehme Stellung durch **Frau Leiser**, Stellenvermittlerin, Leipzig, Eisenstraße 16 II.

Jüngeres Dienstmädchen, am liebsten von auswärts, für sofort oder 1. April gesucht
Zeissstr. 3.

Junges Mädchen als Dienstmädchen für einl. **Altendorfer Schulplatz 6 I.**

Mädchen, welches sich gern allen häuslichen Arbeiten unterzieht, wird für die Vormittags- u. späten Nachmittagsstunden als **Anfängerin** zum 15. Jan. gesucht. Zu erfragen in d. Exped. d. Bl.
Ein hübsches Mädchen als **Anfängerin** **Delgude 9, 1 Tr.**

Branter Jagdhund
ist zugekauft. Gegen Erstattung der Unkosten abgehoben bei **Franz Kabisch**, Göhlitzsch.

Armenkassene.
Die Armenkassene ist am 7. d. Mt. wieder eröffnet worden und richtet der unterzeichnete Vorstand des vaterländischen Frauenvereins an Alle, die ein Herz für diese Sache haben, wie alljährlich die Bitte um reichliche Beiträge an Geld und Naturalien, damit die wohlthätige Unterstützung der Armenkassene sich auch wieder in diesen Wintermonaten bewähren kann, wie sie sich in den 13 verflochten Jahren bereits bewährt hat. Auch die geringste Gabe wird dankbar entgegengenommen von
Fr. A. v. Dieß. Freier v. d. Rede. 124
Frau Bartels. Frau v. Wehr. Frau Wanda. 30
Frau Wilhorn. Frau v. Borde. 154
Frau Dr. Egan. Frau Wäfflin d. Danzmann. 11
Fr. v. Kathan. Frau Wöhe. Fr. Schraube. 143
Fr. Triebel. Frau v. Wangelin. 143
Frau Wetzler. Frau v. Wolff.
Hierzu eine Beilage.

Gründung eines kolonialpolitischen Aktionskomitees.

Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung hat am Dienstagabend in der großen Saale der königlichen Hochschule für Musik zu Berlin eine Versammlung von Vertretern aller Kreise, die mit Kunst, Wissenschaft und Literatur in Berührung stehen, stattgefunden, um in die weitesten Kreise des Volkes über unsere Kolonialpolitik Aufklärung zu bringen. — Nach einem längeren Vortrag des stellvertretenden Kolonialdirektors wurde einstimmig eine Resolution angenommen, durch die ein kolonialpolitisches Aktionskomitee unter dem Vorsitz des Geheimrats Prof. Schmoller ins Leben gerufen wird. Ueber den Gang der Verhandlung wird dem „Beil. Lok. Anz.“ folgendes berichtet:

Gegen 8 Uhr abends wird die Versammlung durch Geh. Rat Schmoller mit folgenden Worten eröffnet: Im Namen des provisorischen kolonialpolitischen Aktionskomitees, das aus den Kreisen von Vertretern der Kunst, Wissenschaft und Literatur hervorgegangen ist, habe ich den Dank für das außerordentlich zahlreiche Erscheinen zu sagen, dann habe ich uns zu rechtfertigen, daß wir es neben den politischen Parteien unternommen haben, zu einer Aktion einzuladen, bei der ich Sie bitte, uns zu helfen in diesem großen denkwürdigen Kampfe, in welchem hinter der Regierung neben einer kleinen Majorität des Reichstages alle politischen Parteien mit Ausnahme des Zentrums und der Sozialdemokratie stehen. Ich bin der Überzeugung, daß gerade diese Kreise der Kunst, Wissenschaft und Literatur in erster Linie berufen seien, an der Aufklärung unseres Volkes mitzuwirken. Wenn Sie mir, als Nationalökonom und Statistiker, ein Wort mit Zahlen erlauben wollen, so ist das ein Zahlenempel, durch das ich Ihnen die gute Hoffnung habe bei den letzten Wahlen 12 1/2 Mill. Wähler, die zwei oppositionellen Parteien — Zentrum und Sozialdemokratie — verfügen über mehr als 4,8 Millionen Befähigten, bleiben als 7,7 Millionen gegen die beiden genannten Parteien! Warum sind diese im Reichstage nicht vertreten? — Weil weit über drei Millionen Wähler nicht gewählt haben. Bringen wir es dahin, daß diese drei Millionen ihre Schuldschuld tun, so werden sich die Mandate im Reichstage wesentlich anders gestalten. (Beifall, andauernd Beifall.)

Der Redner erteilt darauf das Wort dem Geheimrat Justizrat Prof. Wilhelm Kahl. Dieser macht den Vorschlag, den provisorischen Vorsitzenden des Aktionskomitees, Prof. Schmoller, zum definitiven zu wählen. Dies geschieht durch Affirmation. Schmoller nimmt die Wahl an und vollzieht sodann die weitere Bildung des Komitees. Zum stellvertretenden Vorsitzenden sind gewählt: Geh. Reg. Rat Prof. E. Lampe von der königl. Technischen Hochschule, während zu Beisitzern die Privatdozenten Dr. Jepsel und Dr. Hünge berufen wurden.

Geheimer Rat Schmoller erteilt sodann dem stellvertretenden Kolonialdirektor Birkl. Geh. Rat Dernburg das Wort, der, von langem, andauerndem Beifall begrüßt, folgende Ansprache hält. Der Redner beginnt mit der Bemerkung, daß die Frage der deutschen Kolonien, ihre Behandlung und ihre Zukunft seines Gedankens ganz unabhängig von der Stellung sei, welche man im deutschen politischen Leben als Parteipolitiker einnimmt, unabhängig von der Konfession, unabhängig von der sozialen Stufe, auf welcher sich der Beurteilende befindet. Es stehe jetzt vor Frage, ob sich die Nation innerlich kräftig und stolz genug fühle, eine einmal begonnene Kultur-aufgabe nicht aufzugeben, ob sie sich reich genug fühle, weitere Ausgaben zu machen, die nicht unmittelbar rentieren, oder ob sie sich in Kleinmüt, unter allerhand Alleglichkeiten und gebedt durch den Dampf, den die Kanoniere der Kolonialskandale erzeugen, zurückziehen wolle. Kolonisation heiße die Ausharnachung des Bodens, seiner Schätze, der Flora, der Fauna und vor allem der Menschen zu Gunsten der Wirtschaft der kolonisierenden Nation, und diese sei dafür zu der Gegengabe ihrer höheren Kultur, ihrer sittlichen Begriffe, ihrer besseren Methoden verpflichtet. Diesen Gedanken führe der Kolonialdirektor weiter aus. Der wichtigste Gegenstand der Kolonisation sei der Eingeborene, von dem man nicht erwarten dürfe, daß er seine seit Jahrtausenden festgeprägten Anschauungen und Gewohnheiten in wenigen Jahrzehnten ablegen werde. Wenn man über manche übten und grausamen Gewohnheiten nicht unter Umständen hinwegsehen könne, so komme man natürlich in den Zustand des befähigten Konfliktes. Hier helfe nur langsame, verträgliche, überlegte Tätigkeit besonders befähigter und vorgebildeter Leute, deren Bewegungsfähigkeit nicht zu stark eingeschränkt werden dürfe. Nicht zu viel Vorschriften,

keine Bureaufreise, sondern Männer mit gesundem Menschenverstand, freier Anschauung, die nicht zu viele Ziele zugleich im Auge haben und den Druck der neuen Regierung nur da aushalten, wo es eben zur Erfüllung jener beschränkten Aufgaben absolut notwendig ist. Habe man früher mit Zerförerungsmitteln kolonisiert, so könne man heute mit Ernährungsmitteln kolonisieren, und dazu gehören ebenso der Missionar wie der Arzt, die Eisenbahn wie die Maschine, also die fortgeschrittenen isoreineische und angewandte Wissenschaft auf allen Gebieten.

Der Kolonialdirektor schilderte dann in einzelnen die bisherigen Fortschritte, die durch die Mittel von Technik und Wissenschaft schon erzielt wurden, sowie die großen Aufgaben, die hier noch zu erfüllen seien, prüfte die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Nation und erwähnte als Beweis für die Fruchtbarkeit von Südwestafrika, daß eine vor mehreren Jahren verloren gegangene Kiste getrockneter Datteln, die auf den Weg gefallen war, dem erkrankten Wanderer jetzt drei Meter hohe Dattelbäume zeige, die schon anfangen, Früchte zu tragen. Er persönlich halte Südwestafrika, das spräche er mit voller Überzeugung nach langer Ueberlegung aus, für die sicherste sämtlicher Kolonien in materieller und klimatischer Beziehung, die wir Deutsche besitzen. In der Nation schimmerten viele und starke Kräfte, die bereit seien, sich in den Dienst einer großen nationalen Aufgabe zu stellen. Die anwesenden Vertreter der Kunst und Wissenschaft sollten helfen, diese Kräfte zu lösen.

Nach weiteren Ansprachen der Professoren Delbrück, Sering, Schäfer, Jastner, Kahl, Brunner, Vent und des Afrikaforschers Schillings wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß ein großes Kulturvolk, wie das deutsche, sich nicht dauernd auf Binnenpolitik beschränken kann, sondern neben den anderen großen Nationen an der Kolonial- und Weltpolitik teilnehmen muß; in Erwägung, daß die späte Bildung des deutschen Reiches als Nationalstaat unser Volk erst in allerjüngster Zeit an diese Aufgabe hat herantreten lassen und infolgedessen weiten Kreisen die uns auferlegte weltgeschichtliche Pflicht noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist; in Erwägung, daß die Mehrheit des Reichstages, welche die Forderungen für Südwestafrika ablehnte, nicht bloß unsere welt-politische Stellung, sondern auch das Gebot der nationalen Ehre veranlaßt hat; in Erwägung, daß bei den bevorstehenden Neuwahlen diese Frage von der höchsten Bedeutung sein wird, und Deutschland eines Reichstages bedarf, der nicht kleinmütig und zögernd, nicht nach den Bedürfnissen der Fraktionstaktik, sondern mit der Entschlossenheit, die das Bewußtsein eines hohen Zieles gibt und verlangt, an diese Fragen herantritt — beschließt die Versammlung, ein Komitee einzusetzen mit dem Auftrage, ohne unmittelbares Eingreifen in das Parteigetriebe das Verhältnis für die Kolonial- und Weltpolitik in den Kreisen der Wählerschaft zu erweitern und zu vertiefen.“

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. In der österreichischen Delegation erklärte am Montag vor Eintritt in die Tagesordnung Marinekommandant Graf Montecucoli gegenüber den Kritikern der Zeitungen wegen seiner im Ausschusse gemachten vertraulichen Mitteilungen über die Eisenreise, daß in den Preislisten des Eisentartells für Marineleistungen ein 25-prozentiger Aufschlag verlangt werde. Graf Montecucoli verwies auf die im Gegensatz zu ausländischen Eisenpreisen erhöhten Preisforderungen der inländischen Eisenindustrie, betonte, daß die Marine durch die Panzermaterialpreise noch mehr gedrückt werde als durch die Eisenpreise und erklärte, nach seinen Informationen sei die Firma Krupp jetzt leider befreit, einen großen Verband für Panzermaterial zustande zu bringen. Er (der Marinekommandant) sei weit davon entfernt, gegen die Eisenindustrie Sturm laufen zu wollen, er hoffe aber, daß die Eisenindustrie durch mit ihren Interessen vereinbare Preisreduktionen der Marineleistung beihilflich sein werde, mit den gewiß nicht reichlichen budgetären Mitteln die mögliche Hebung der Schlagkraft der Marine zu erreichen. — Die Schlußsitzung der ungarischen Delegation, in der sich die vollständige Übereinstimmung der Beschlüsse zwischen der ungarischen und der österreichischen Delegation ergab, fand am Dienstag statt. Graf Theodor Zichy sagte in seiner Abschiedsrede, die nationalen Bestrebungen Ungarns würden vielfach verkannt und mißbeutet und im Zustande in falschem Lichte dargestellt. Eine Tatsache müsse vor Augen

gehalten werden: Wo es sich um die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Nation, um die volle Parität mit Oesterreich handelt, da verschmiedet der Unterschied zwischen der 1867 er und der 1848 er Partei und ganz Ungarn bildet ein Lager. (Beifall des Beifall.) Der Finanzminister Freiherr von Burian sprach hierauf den Delegierten namens des Königs den Dank für ihre patriotische Bistimmtheit aus. — Die Delegation nam das Heeresordinarium an. Darauf wurde nach den üblichen Dankesworten unter Hochrufen auf den Kaiser die Tagung geschlossen.

Frankreich. Polizeibeamte von Tours, die sich zu einer freundschaftlichen Vereinigung zusammengeschlossen hatten, erhoben verschiedene Beschwerden durch öffentlichen Anschlag. Gendarmarie besetzte die Polizeibureau; etwa 50 Polizisten sind entlassen worden.

Rußland. Aus Rußland liegen nur wenige, aber sehr unerfreuliche Nachrichten vor. Die „Petereburger Telegraphen-Agentur“ meldet aus Lody: Sonnabend abend fanden an verschiedenen Punkten Zusammenstöße zwischen den Arbeiterparteien statt, wobei 5 Arbeiter schwer verwundet, einer getötet worden ist. — In Egerés (Gouvernement Piotrow) wurde ein mit der elektrischen Straßenbahn fahrender Fabrikant namens Stiechold von einem Unbekannten erschossen. — In der Jerusalemsee zu Warschau haben Unbekannte am Dienstag zwei Detektive erschossen. Eine hüpfende Patrouille gab auf die Täter mehrere Schüsse ab, durch die ein Passant schwer verwundet wurde.

England. Ein englisches Blaubeuch über den zwischen Frankreich und England abgeschlossene Vertrag betreffend die Neuen Hebriden ist am Montag veröffentlicht worden. Das Abkommen schließt mit einer Depeche des Kolonialministers Carl of Elgin vom 16. November v. J., in welcher auf die von Australien und Neu-Seeland erhobenen Einwendungen gegenwärtig wird und gesagt ist, die Reichsregierung würde zwar einige dieser Einwendungen Frankreich gegenüber nachdrücklich geltend gemacht haben. Aber es hätten sich Umstände ergeben, die ein unverzügliches Handeln nötig gemacht hätten, um die Vorrede Frankreichs und Englands sicher zu stellen. Es bestände guter Grund für die Annahme, daß eine Verzögerung, die mit weiteren Verhandlungen verbunden wäre, unerwünschte Bewidlungen mit sich bringen würde. Die Reichsregierung habe sich demgemäß dahin entschieden, daß eine sofortige Bestätigung des unveränderten Vertragsentwurfs vorteilhafter sei.

Serbien. König Peter will es nicht wahr haben, daß man seiner und seiner Familie im serbischen Volk überdrüssig ist. Darum wird aus Belgrad folgendes offiziöse Communiqué in die Welt gesetzt: Aus Anlaß des Weihnachtsfestes findet dem Königebaus, wie von amtlicher Seite gemeldet wird, seitens der Bevölkerung herzliche Sympathieausdrückungen zuteil geworden. So wurde am Sonntag der Kronprinz, als er nach alter serbischer Sitte an der Spitze einer Reitergarde von Offizieren nach Topstschir ritt, um die Weihnachtsstänne für das Königshaus zu holen, von der Bevölkerung überall aufs herzlichste begrüßt. Ebenso wurde am Montag der König, als er verschiedenen Würdenträgern Besuche abstattete, vom Publikum auf der Straße überaus warm begrüßt. Aus allen Teilen des Landes sind zahlreiche Glückwunschtelegramme zum Feste eingegangen, und viele tausend Bürger haben sich in das im Schloße ausgelegte Buch eingeschrieben. — Byzantiner gibt es überall. Deren Vafatentum ist aber sein Ausdruck der wahren Meinung des Volkes.

Marokko. Die „Agence Havas“ meldet zu dem Feldzug der Sultanstruppen gegen Raifuli weiter: Es heißt, daß der Stamm der Madras mit dem Machfen über seine Unterwerfung verhandelt. Man glaubt, sie hätten sich dazu entschlossen, um nicht durch die Mahalla geplündert zu werden. Raifuli soll sich bei ihnen befinden. Nach anderen Nachrichten soll Raifuli zu dem unversieglichen Marabut von Abdessalam ins Gebiet der Beni-Arros gehoben sein. Soldaten und Leute der benachbarten Stämme plünderten noch immer in Jmat und schleppten Säcke mit Gerste, Korn und allerlei Sachen fort. — Mehrere Madrider Blätter bringen die bestimmte Nachricht, daß Raifuli von Leuten des Stammes festgenommen sei. — Der Sultan von Marokko hat sich, wie ein Berliner Blatt wissen will, an das Berliner auswärtige Amt mit der Bitte gewandt, ihm einen tüchtigen Offizier als Reorganisationsrat seiner Kavallerie zu senden. Demselben wurden schon drei Namen empfohlen worden. Oberleutnant Wolff vom Dragoner-Regiment Königin Olga

(1. württembergische) Nr. 25, der gegenwärtig an die Militärärztliche Akademie in Berlin kommandiert ist, soll zu diesem Zwecke für mehrere Jahre beurlaubt sein und Deutschland bereits verlassen haben, um seinen Posten in Bez. anzutreten.

Deutschland.

— (Sozialdemokraten als Arbeitgeber.) Wiederum unternimmt ein Genosse, der den sozialdemokratischen Herrenstandpunkt nicht vertragen kann, die Fucht in die Öffentlichkeit. Es handelt sich dabei um die Beschwerde der Lagerhalter, gerichtet gegen den Vorstand des sozialdemokratischen Allgemeinen Konsumvereins in Braunschweig. Dieser hat vor kurzem den Lagerhaltern ein in wunderbarem Deutsch abgefaßtes Zirkular zugehen lassen, aus dem folgender Satz besonders interessiert:

„Da sich scheinbar die Lagerhalter ihrer Handlungsweise nicht bewußt sind und um ferner nicht diesem und jenem Selbsteigen zu geben, sich auf solches eigenmächtiges Vorgehen zu berufen, erachten wir es für geboten, den Verkauf der Bilette zum Kaiserpanorama von heute ab einzustellen, wodurch sich selbstverständlich die Zurückziehung von Plakaten zwecks Aukündigung des genannten Unternehmens ergibt.“

Der Beschwerdeführer betont nun in einer öffentlichen Erklärung, daß es sich bei dem Verkauf dieser Eintrittskarten um ein Kunststück handle, das den Mitgliedern des Konsumvereins billige Preise bewillige. Zum Schluß sagt der Sprecher der Unzufriedenen:

„Wir sind nun auch der Meinung, daß eine persönliche Aussprache seitens des Vorstandes mit unserer Kommission für beide Teile ausdrücklich ausgeschlossen wäre. Aber das ist ja bei uns nicht möglich, eine Verhandlung herbeizuführen. Die selbständige Meinung eines anderen kommt bei uns nicht zur Geltung. Nur der Vorstand ist berufen und glaubt, nur allein dem Allgemeinwohl des Vereins zu dienen; jede Meinung anderer Angestellter wird unterdrückt.“

Die Klagen der Lagerhalter gegen die sozialdemokratischen Konsumgenossenschaften reichen nicht ab und von Zeit zu Zeit erfährt auch die Öffentlichkeit davon, wie es in den sozialistischen Mutterbetrieben eigentlich ansieht.

Parlamentarisches.

— Der Seniorenkongress des Abgeordnetenhauses trat am Dienstag vor Beginn der Plenaragung zusammen, um über die Geschäftsfrage des Hauses zu beraten. Man war sich darüber einig, daß sich diesmal die Beratung des Etats in möglichst engen Grenzen zu halten habe, und es wurde der Wunsch ausgesprochen, bei der ersten Lesung des Etats nur eine witzige Budgetdebatte zu führen und alle die wichtigen stehenden großen politischen Fragen beiseite zu stellen. Es wurde angenommen, daß bei Einhaltung dieses Vorschlages die erste Lesung des Etats am Freitag und Sonnabend beendet werden könne. Dann soll eine Pause in den Beratungen eintreten. Ueber die Länge der Pause wurden bestimmte Vorschläge aber noch nicht gemacht, vielmehr soll der Seniorenkongress am Freitag oder Sonnabend noch einmal zusammentreten, um hierüber Beschluß zu fassen.

— Freisinnige Anträge im Abgeordnetenhaus. Die beiden Fraktionen der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung haben die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus, sowie eine Neueinteilung der Wahlkreise, entsprechend der Zahl der Bevölkerung beantragt. Ferner haben sie einen Antrag eingebracht, in welchem die Staatsregierung ersucht wird, in Rücksicht auf die herrschende Teuerung eine Erhöhung der Gehälter der mittleren und unteren Staatsbeamten, sowie der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter eintreten zu lassen. Endlich beantragten die Freisinnigen die Aufhebung des Studienstipendiums, der Seniorenerlasse.

— Die nationalliberalen Initiativanträge, die schon vor einiger Zeit angehängt wurden, sind gleich bei der Eröffnung des Abgeordnetenhauses diesem zugangenen. Es sind acht an der Zahl und sie betreffen folgende Materien: Anderweitige Befestigung der Wahlbezirke und Veränderung des Wahlrechts unter Aufrechterhaltung des Prinzips eines erhöhten Wahlrechts bei höherer Steuerleistung, Vereinfachung von Mitteln zur Verbesserung der Lage der Unterbeamten, Vorlage eines Gesetzentwurfs über Haftung des Staats, der Gemeinden und anderer Kommunalverbände für die von ihren Beamten in Ausübung der öffentlichen Gewalt ausgehenden Schäden, Ermäßigung der Eisenbahnpersonalsteuer, allgemeine Einführung der fakultätlichen Schulaufsicht, Neuregelung der Verhältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten,

Erhöhung der Staatsbeihilfen für die preussischen Handwerkskammern, Abkürzungsregeln auf dem Gebiete der inneren Kolonisation gegen den Arbeitermangel. Auch eine Interpellation über den Bremerlaß des Kultusministers haben die Nationalliberalen im Abgeordnetenhause eingebracht.

Volkswirtschaftliches.

— Daß die Gehaltsverhältnisse der mittleren Postbeamten dringend der Verbesserung bedürfen, wird fast allgemein anerkannt. Auch das Reichspostamt selbst soll, wie die „Kölnische Zeitung“ von zuständiger Stelle erfährt, die Klagen der mittleren Postbeamten als durchaus berechtigt anerkennen; nur der schlechte Abschluß des Gesamtergebnisses habe verhindert, daß bereits im kommenden Etat für die mittleren Beamten eine Verbesserung ihrer Bezüge, besonders auch des Wohnungsgeldzuschusses vorgesehen worden ist. Mit Recht erregt aber die „Köln. Zeitung“ hierauf, daß man Wünschen von Beamten, die an sich für durchaus berechtigt gehalten werden, auf jeden Fall nachzukommen hat und die dazu erforderlichen Mittel auf irgend einer Weise bereitstellen muß. Insbesondere weist das rheinische Blatt sodann darauf hin, daß die mittleren und unteren Staatsbeamten am allergeringsten von der allgemeinen Teuerung betroffen werden und daß hierdurch in große königliche und staatsreue Kreise ein Gefühl des Misshagens und des Mißtrauens gegen die bestehenden Zustände getragen wird, das nicht nur in Klagen an amtlicher Stelle oder in der regierungsfeindlichen Presse seinen Ausdruck findet. Diese Unzufriedenheit wird noch besonders gesteigert, wenn, wie dies bei der Reichspostverwaltung der Fall ist, es sich um eine Verwaltung handelt, die für den Staat erhebliche Überschüsse abwirft. Es wird daher Pflicht der Reichstagsabgeordneten sein, eventuell die Klagen im Etat auszufüllen.

Provinz und Umgegend.

— Halle, 9. Jan. Die Stadtverordneten wählten in ihrer letzten Sitzung an Stelle des verstorbenen Geh. Regierungsrats Professor Dr. Dittenberger den hiesigen holländischen Vorklehrer, Geh. Kommerzrät Stedener, zum Stadtverordneten-Vorsitzer. Zum stellvertretenden Vorklehrer wurde Justizrat Höhring gewählt und zu Schriftführern Baummeister Gygis und Hofrätin Grepler. Dem genehmigte die Versammlung einen Um- und Erweiterungsbau des Städtischen Krankenhauses für 620 000 Mf. und zum Ankauf des erforderlichen angrenzenden Areals 160 000 Mf. Gleichzeitig wurde der Magistrat ersucht, sich nach dem für einen Krankenhausbau erforderlichen Areal umzusehen und der Versammlung deshalb eine Vorlage zu machen. Dieser befehlt Halle sein städtisches Krankenhaus, vielmehr werden die Stadtkassen vertragsgemäß in die Universitätskassen aufgenommen. Es wird nicht beabsichtigt, dieses Verhältnis zu lösen, man will jedoch auf alle Fälle für die Zukunft Vorproben treffen. — Dem ältesten unbesoldeten Magistratsmitglied, Stadtrat Keffertlein, der seit dem Jahre 1887 dem Magistratskollegium angehöre, wurde der Titel Stadträtker verliehen.

— Weisenfels, 9. Jan. Im kommunalen Verein der Raubstau wurde beschloffen, eine Petition an den Landtag zu richten, um die Verlegung des hiesigen Güterbahnbofes nach Gorbeha und die daraus resultierende Verlegung vier, hauptsächlich in der Raubstau wohnenden Beamten und Bahnarbeiter zu verbinden. Als Projekt zur Lösung der Bahnübergangsfrage an der Merseburger Straße, wo das unangenehme Terrain eine Unterführung der Straße unmöglich macht und die jetzigen Zustände als verkehrshemmend unsanftbar sind, empfiehlt die Petition geradlinige Durchführung der Bahnstrecke von Weisenfels bis Weisenfels über Reichardtswerben und Lagerwerben bis zum Weisenfelder Mühlberg, wo ein Personenbahnbof dann die Linie über die Saale und die Weilschmühle Mühlentel wieder der bestehenden Raumburg-Weisenfelder Linie anführen soll. Die Leipzig-Gorbehaer Linie soll auf dem alten Bahnkörper bis Lagerwerben geführt und dort unter Umgehung des Tales der Merseburger Weisenfelder Linie angegliedert werden. Dadurch würde das ganze Gelände vom jetzigen Bahnbof und an dem Bahnübergang frei. Der Magistrat ist dem Projekt beigetreten und will es bekräftigen, da die Stadt durch die Verlegung des Güterbahnbofes große wirtschaftliche Nachteile zu erwarten hat, und diese Verlegung die Bahnübergangskalamität doch nicht beseitigt. — In letzter Zeit sind hier eine auffällige Anzahl wertvoller Jagdhunde spurlos verschwunden. Jetzt hat die Polizei den Hundefleischträger Riese dabei ertappt, wie er Hundefleisch zu Pferdebraten und Fleischlöcher verarbeitet und hat ferner eine Anzahl Helle von wertvollen Hunden

bei ihm beschlagnahmt. Nun wird das Hundefleisch dem Fleischer ziemlich teuer zu stehen kommen.

— Zeitz, 9. Jan. In Vergiftungserscheinungen liegen mehrere Mitglieder der Familie des Sanitätsrates Dr. Stumpf darnieder. Die Vergiftung rührt, wie man annimmt, vom Aufnehmen oder Kochen von Tee in kupfernen Behälter her.

— Magdeburg, 9. Jan. Ein schwerer Diebstahl wurde am Sonnabend zwischen 8 Uhr vormittags und 1 1/4 Uhr mittags in einem Hause der Neustraße ausgeführt. Aus einer verschlossenen eisernen Kasse, die sich in einem verschlossenen Schrank befand, wurden sieben Sparfassenbücher mit Einlagen in Gesamthöhe von etwa 17 600 Mark und ferner etwa 680 Mark bares Geld gestohlen. Der Schrank und die Kasse sind gewaltsam aufgedrungen worden.

— Jena, 9. Jan. Die vom Jenaer Tischgeschäfflerverein auf dem Wochenmarkt errichtete Verkaufsstelle war im letzten Halbjahr 10 800 mal in Tätigkeit. Es wurden 4109 Hühner, 6031 Tauben, 435 Enten und 125 Gänse da geschlachtet, ein Beweis, daß sich die Einrichtung großer Beliebtheit erfreut.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 10. Januar 1907.

Die Einkommensteuererklärungen sind bis zum 21. Januar abzugeben. Die Einkommensteuerpflichtigen in gemeindefähiger Weise mit den neuen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes vertraut zu machen und für eine möglichst richtige Ausfüllung der Steuererklärung, die unter Beachtung der neuen gesetzlichen Bestimmungen diesmal ganz anders zu bewerkstelligen ist wie bisher, von Nutzen zu sein, beginnen wir heute an der Spitze unseres Blattes mit der Veröffentlichung des für alle Einkommensteuerpflichtigen wichtigen Artikels: Das neue Einkommensteuergesetz und die Einkommensteuererklärung.

Vor dem Schwurgerichte in Halle hatte sich am Dienstag der 34-jährige Polizeiassistent Ernst Dietz, früher hier, jetzt in Zeitz bei Berlin, zu verantworten. D. war angeklagt, im Sommer 1906 amtliche Gelder unterschlagen und zum Zweck der Verdrängung der Vermuntungen Register und Bücher unrichtig geführt zu haben. Ueber die Mäße war hier j. Jt. fast garrnisch an die Öffentlichkeit gekommen, da man sich auf unsern Rathaus über die peinliche Sache in Stillschweigen hüllte. Von uns eingegogene Erkundigungen waren ohne Erfolg, sodas nunmehr erst die öffentliche Gerichtsverhandlung Licht in die Sache bringt. Wir erhalten über die Gerichtsverhandlung folgenden Bericht: Der Polizeiassistent Dietz hatte als Militärattaché zunächst ein Jahr beim Postamt in Merseburg gearbeitet. Ein Jahr später, im Jahre 1898, bekam er eine Anstellung beim Magistrat zu Merseburg. Er wurde erst in der Postkasse als Assistent, dann in der Steuerkasse beschäftigt. Sein Gehalt betrug im Jahre 1903 1450 Mf., doch bezog er außerdem noch von der Gasanstalt 200 Mf. und eine Invalidenpension von 144 Mf., sodas sein Gesamteinkommen 1794 Mf. betrug. Im Jahre 1904 hatte er sich schon einmal vor der Strafkammer in Halle wegen der Anklage der Unterschlagung zu verantworten. (D. damals wurde er aber mangels genügender Beweise freigesprochen. Als Beamter wurde er, wie die Beweisnahme ergab, von seinen Vorgesetzten geschätzt. Er arbeitete mit großem Fleiß und jäber Ausdauer, dabei war seine Befähigung eine vorzügliche. In seinem Haushalt herrschte jedoch bittere Not. Er hatte sich ziemlich früh und arm verheiratet und die Möbel auf Abzahlung nehmen müssen. An der rechten Einleitung hat es wohl auch gefehlt, sodas er immer tiefer in Schulden geriet. D. hatte nicht nur, um die Möbelzahl abzufassen, beim Vorkaufverein über 500 Mf. und bei anderen Personen mehrere 100 Mf. geliehen, sondern er hing auch mit Schulden bei Bäckern, Fleischern, Kaufleuten, Tischlern, Schuhmachern und Schneidemeistern, die ihm teilweise hart drängen und gegen ihn klagten. So stand es im Sommer v. J. Er war inzwischen in die Polizeiverwaltung versetzt und zum Polizeiassistenten ernannt worden. Auch hier wußte man seine Arbeitskraft zu schätzen. Der Bürgermeister, welcher wußte, das der Angeklagte von Schulden gedrückt wurde, erbot sich sogar, eine Person zu verschaffen, die dem Angeklagten gegen mäßigen Zinsfuß Geld leihen würde, damit er es nur mit einem Gläubiger zu tun habe. Das Anerbieten wurde aber höflich abgelehnt, da er angeblich einen Verwadler hatte, der für ihn eintreten würde. Als Polizeiassistent hatte er eine Privatpension, eine Vorkaufschafte, eine Lustbarkeitskasse und die Nachzahlung zu führen. Als er am 26. August 1905 10. September auf Urlaub war, kamen verschiedene Briefe, um die Lustbarkeitssteuer zu zahlen. Dabei stellte sich heraus, das Dietz von verschiedenen Personen Lustbarkeitssteuern in Empfang genommen,

aber nicht gebucht hatte. Als er vom Urlaub zurückkehrte, wurden ihm diese Unterschlagungen vorgeworfen und er gab diese aus schuldig zu. Dann aber meldete er selbst noch eine Unterschlagung aus der Vorkasse an. Immerhin betrug die ganze verurteilte Summe 61 Mk. Der Angeklagte gab an, durch viele Überstunden überarbeitet gewesen zu sein, wodurch sich der Fehler trief. Die Geschworenen bejahten die Schulfrage, billigten den Angeklagten aber mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis.

Seit etwa drei Wochen kam das Schlagwerk der Uhr des Neumarktsturmes an einem hoffentlich nicht unheilbaren Uebel und hat seit dieser Zeit die tödliche Verflüchtigung der Stunden eingestellt, was sich namentlich morgens und abends, wenn die Uhr der Dunkelheit wegen nicht zu erkennen ist, am meisten spürbar macht. Wöchentlich diese Zeiten die zuhilfenahme Stelle veranlassen, die Wiederherstellung des Uwerkes baldigt herbeizuführen.

Die Leipziger Kritikallaste-Singer veranstaltete heute abend im „Fivoli“ hier einen ihrer beliebten humoristischen Abende. Die Künstler schar tritt mit einem neuen Programm auf, so daß wir einen Besuch nur empfehlen können.

Seit dem 30. Dezember v. J. ist die 21-jährige, an Grippe leidende Tochter der Witwe Schläger, wohnhaft Neumarkt Nr. 38 hier, spurlos verschwunden. Da angenommen wurde, daß das unglückliche Mädchen ihrem Leben in der Saale ein Ende gemacht hat, haben drei Fischermeister nach dem Leiden, in dem Fluß gesucht, jedoch vergeblich. Wahrscheinlich ist der tote Körper durch den letzten Eiszug mit fortgenommen und weit unterhalb Merseburg angeirrt worden. In diesem Falle wird dringend gebeten, der Mutter der Verstorbenen halbtägig Nachricht zu geben.

Die Viehzählung am 1. Dezember v. J. im Kreise Merseburg hat vorläufig folgendes Resultat ergeben: Lauchstädt 257 Ochsen (davon 205 mit Viehbestand), 285 viehhaltende Haushaltungen, 125 Pferde, 318 Stück Rindvieh, 489 Schafe und 945 Schweine. Lützen: 446 Ochsen (davon 275 mit Viehbestand), 332 viehhaltende Haushaltungen, 199 Pferde, 328 Stück Rindvieh, 1 Schaf und 1053 Schweine. Schafstädt: 310 Ochsen (davon 251 mit Viehbestand), 424 viehhaltende Haushaltungen, 234 Pferde, 988 Stück Rindvieh, 889 Schafe und 1460 Schweine. Scheffwitz: 477 Ochsen (davon 200 mit Viehbestand), 219 viehhaltende Haushaltungen, 207 Pferde, 58 Stück Rindvieh, 20 Schafe und 530 Schweine. Plätzer Land: 7040 Viehköpfe (davon 6181 mit Viehbestand), 7602 viehhaltende Haushaltungen, 5578 Pferde, 21581 Stück Rindvieh, 1727 Schafe und 45521 Schweine. Der Vollständigkeit sei hier nochmals das Resultat der Viehzählung in der Stadt Merseburg wiederholt: 1414 Ochsen (davon 355 mit Viehbestand), 401 viehhaltende Haushaltungen, 453 Pferde, 119 Stück Rindvieh, 614 Schafe und 1008 Schweine.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen.

K. Niederbauna, 9. Jan. Die hiesige Lehrer- und Kantorliste wird zum 1. April von Herrn Mor. Gabelmann aus Wittich bei Seyditz bereit. Wegen langer Krankheit des vorigigen Stelleninhabers und Datums seit 1. November v. J. hatten auswärtige Lehrer lange Zeit zu verziehen.

S. Jöchen, 8. Jan. Heute nachmittag sind das Eis auf der Lippe an stark zu treiben. Eiszellen von ca. 3 Quadratmeter Größe und 15 cm Stärke konnten sich nicht weit von dem Milnenweie auf, so daß es der anstrengenden Arbeit des Personal der Mühle bedürfte, um einen Eisbruch zu verhindern.

S. Körbisdorf, 8. Jan. Die Zuckerfabrik Körbisdorf A. G. hat heute ihre Kampagne beendet. Die Rübenverarbeitung beträgt 935360 Zentner gegen 1127450 Zentner im Vorjahr.

S. Dürrenberg, 8. Jan. Im Jahr 1906 wurden im Landesamtsbezirk Dürrenberg geboren 62 Knaben (unehelich 8) und 81 Mädchen (unehelich 9), zusammen 143 Kinder. Eben wurden gestorben von 37 Paaren. An Todesfällen waren 91 zu verzeichnen. Torgeborene wurden 1 Knabe und 2 Mädchen.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 160 Jahren, am 10. Januar 1757, riefte sich der alte deutsche Reichstag dazu an, einen Beschluß gegen Friedrich den Großen, den preussischen König als Landfriedensstörer zu fassen zu bringen. Nachdem sich nämlich Sachsen gegen den Kaiser und Reich gewandt hatte, kam es zwar nicht zu der beschlossenen Ausrückung, weil die protestantischen Reichsstände dies nicht zugaben, dagegen aber wurde am genannten Tage dem Kaiser die bewährte Hilfe des Reiches zugesagt, damit er den vertriebenen Kurfürsten von Sachsen wieder einsetze und zugleich der in Sachsen angegriffenen Reichsarmee von Österreich Beistand leiste. Gegen den Beschluß des Reichstages protestierten

übrigens die nordischen Fürsten, die sich zum Teil Englands anschlossen, das seine Truppen nach Westfalen sandte. So bot das deutsche Reich ein Bild der Zerfahrenheit, die allerdings dem preussischen König sehr gut zu passen kam.

Wetterwarte.

Voraussehtliches Wetter am 10. Jan.: Meist trüb, mild, Regenfälle. — 11. Jan.: Zeitweise sonnig, vielfach wolkig, ziemlich mild, einige Regenschauer.

Das automatische Infanteriegewehr.

Die Frage nach einer abermaligen Verbesserung des Infanteriegewehrs wird in allen Armeen lebhaft erörtert, und da erhebliche Verbesserungen an den modernen Debonnanzgewehren kaum mehr möglich erscheinen, werden die Forderungen nach einem praktischen Selbstladegewehr immer dringlicher. W kamtlich wird bei der derzeitigen Waffe der Rückstoß der Pulvergas, der bei den heutigen Gewehren ganz verloren geht, dazu ausgenutzt, die leere Patronenhülse auszuwerfen und ein neues Geschos aus dem Magazin in den Lauf zu schießen. Der Schütze braucht also nicht mehr wie jetzt nach jedem Schuß den Beschlag zu öffnen, sondern er kann ohne abzulegen im Anschlag bleiben, zielen und schießen, so lange noch eine Patrone im Magazin ist. Nun blieb es neuerdings, die Franzosen lehrte abermals die ersten Generäle, die sich die handgeleiteten Gewehre einer solchen Waffe zumuge gemacht hatten und sogar schon in der Lage waren, jeden Augenblick mit ihrer Ausgabe an die Truppen hervorzutreten, während wir, wie in der Frage der Rekrutenausschüsse, überholt und faum über die ersten Reize hinaus gekommen seien. In Westfalen aber steht die Sache so, daß das Problem des automatischen Gewehrs schon seit langer Zeit bei uns nicht weniger verhängt als hier. In England sind schon seit mehr als 20 Jahren alle dementsprechenden Geräte sind wie die Franzosen, denen nur vorläufige Versuchsmodelle fertig wurden, die diese Geräte ausproben hatten. Zudem könnte bei dieser durchaus widerständigen und sehr komplizierten Einbindung Ueberleitung nur Schaden anrichten, da es außer Zweifel ist, daß den Vorteilen der Selbstladegewehre noch eine ganze Reihe anderer Vorteile gegenüberstehen. Gegenwärtig ist das automatische Gewehr nicht als Ersatz für die gewöhnlichen Gewehre, sondern nur als Ergänzung zu betrachten, wenn auch wegen zu großer Erhöhung des Aufwandes von verhältnißmäßig seltenen Bedenken geltend gemacht werden. Major Ge hat selbst mehrere Verbesserungen an seiner Waffe vorgenommen und glaubt, wie folgt, eine glückliche Lösung gefunden zu haben. Seine Erfindung besteht in einer verhältnißmäßig einfachen Veränderung des Ladeapparates, die es ihm ermöglicht, das Gewehr wie ein gewöhnliches zu bedienen. Major Ge hat in einem Vortrag ausgeführt, daß er die Waffe so konstruiert hat, daß sie die Vorteile eines selbstladenden Gewehrs, ohne die Nachteile eines selbstladenden Gewehrs, mit dem die italienische Armee von 1870 bis 90 ausgerüstet war, beibehält. Die Vorteile der Waffe sind: 1. Die Waffe ist leicht und handlich. 2. Sie ist einfach zu bedienen. 3. Sie ist leicht zu transportieren. 4. Sie ist leicht zu reinigen. 5. Sie ist leicht zu reparieren. 6. Sie ist leicht zu unterhalten. 7. Sie ist leicht zu verschießen. 8. Sie ist leicht zu laden. 9. Sie ist leicht zu entladen. 10. Sie ist leicht zu zerlegen. 11. Sie ist leicht zu montieren. 12. Sie ist leicht zu transportieren. 13. Sie ist leicht zu reinigen. 14. Sie ist leicht zu reparieren. 15. Sie ist leicht zu unterhalten. 16. Sie ist leicht zu verschießen. 17. Sie ist leicht zu laden. 18. Sie ist leicht zu entladen. 19. Sie ist leicht zu zerlegen. 20. Sie ist leicht zu montieren.

Dagegen kommt, wie wir in der Köln. Zig. lesen, aus Italien die Nachricht, daß es dem Major Gei-Magotti gelungen ist, zu einem befriedigenden Maßstab zu kommen. Begonnen hat Major Gei die Versuche mit einem automatischen Gewehr schon im Jahre 1896, und es blieb bereits damals die Ergebnisse seiner im allgemeinen günstig auszufallen, wenn auch wegen zu großer Erhöhung des Aufwandes von verhältnißmäßig seltenen Bedenken geltend gemacht wurden. Major Ge hat selbst mehrere Verbesserungen an seiner Waffe vorgenommen und glaubt, wie folgt, eine glückliche Lösung gefunden zu haben. Seine Erfindung besteht in einer verhältnißmäßig einfachen Veränderung des Ladeapparates, die es ihm ermöglicht, das Gewehr wie ein gewöhnliches zu bedienen. Major Ge hat in einem Vortrag ausgeführt, daß er die Waffe so konstruiert hat, daß sie die Vorteile eines selbstladenden Gewehrs, ohne die Nachteile eines selbstladenden Gewehrs, mit dem die italienische Armee von 1870 bis 90 ausgerüstet war, beibehält. Die Vorteile der Waffe sind: 1. Die Waffe ist leicht und handlich. 2. Sie ist einfach zu bedienen. 3. Sie ist leicht zu transportieren. 4. Sie ist leicht zu reinigen. 5. Sie ist leicht zu reparieren. 6. Sie ist leicht zu unterhalten. 7. Sie ist leicht zu verschießen. 8. Sie ist leicht zu laden. 9. Sie ist leicht zu entladen. 10. Sie ist leicht zu zerlegen. 11. Sie ist leicht zu montieren.

Vermischtes.

* Nach Amerika auf Kosten des Kaisers.) Der Kaiser hat, wie aus Berlin gemeldet, sechs prächtige Staffeln auf seine Kosten eine Reise nach Amerika machen lassen, um ihnen Gelegenheit zu geben, Land und Leute zu studieren.

* Zum Gnesener Gefehmbundprozeß.) Im Gnesener Gefehmbundprozeß hat die förmliche Staatsanwaltschaft Montag früh Revision gegen das entsprechende Urteil eingeklagt.

* Wechselt) wurde am Sonntag in der Reformationskirche in Charlottenburg der junge Kantor Arthur Sander. Er hatte unter dem Namen v. Sanden Wechseltstunden begangen und sich auch auf andere schmerzliche Weise eine große Summe Geldes von den vertriebenen Leuten zu verschaffen gesucht.

* (Drahtdiebe) haben auf der Drantenburger Chaussee bei Berlin die Drahtstromeleitung der Drantenburger Elektrischen Gesellschaft gestohlen und eine Menge Draht entwendet. Die Stromleitung wurde nach einer Reihe von Durchsuchen wieder dadurch unterbrochen, und die Geschäftskunde blieben längere Zeit ohne Licht.

* (Der Umbauer Kaiser) hat (Hohenzollern) soll so beehelugt werden, daß das Schiffschiff am 1. Juni wieder unter die Flagge treten kann. Wie es nach der „Kölnischen Zeitung“ heißt, soll das Schiff für den persönlichen Bedarf des Kaisers dann noch weitere 4—6 Jahre Verwendung finden.

* (Eine hauswirtschaftliche Ausstellung) soll in der Ausstellungshalle am Zoologischen Garten in Berlin in der Zeit vom 1. bis 28. Februar 1907 stattfinden. In einer geschlossenen Vorführung die weit über den Rahmen einzeliger Hauswirtschaften hinausgehen soll, wird gezeigt werden, was Wissenschaft und Technik in den letzten Jahrzehnt für die Hauswirtschaft geleistet haben. In den beteiligten Industrietrieben bringt man vieler Ausstellung lebhaftes Interesse entgegen. Es hat sich ein Ehren Komitee und ein Arbeitskomitee von Damen der Gesellschaft unter dem Vorsitz der Prinzessin zu Salm-Horstmar gebildet. Aus den Ehrenmitgliedern der Ausstellung soll ein großer humanitärer Organisationsjugendwelt werden.

* (Ein großer Brand) zerstörte das städtische Sandelbitter in Bangfak. Der Schaden beläuft sich auf zehn Millionen Loth.

* (Zahrbundertfester in Pommern.) In Pommern rüstet man sich zu Gedenkfeste. In Kolberg soll eine große feste in den ersten Julitagen stattfinden zur Erinnerung an die Belagerung der Festung durch die Franzosen. Daß dem huldemüthigen Oberbürger der topperen Kolberger und ihrer Fester Nettelieb und Gneisenau, mußten bekanntlich die Franzosen unverdienter Sache vor den Wällen und Mauern der Stadt umkehren. Es wurde u. a. beschlossen, den Kaiser selbst einzuladen und ihn bitten, im Gedenkfeste eine Wache seines Panzers nach Kolberg zu entsenden. Dagegen sollen alle Gäste geladen werden, die schon am Einweihung des Nettelieb-Gneisenau-Denkmal anwesend waren, sowie eine Abteilung des Kaiser Alexander-Granderegiments und die direkte Vorgesetzten der in Kolberg garnisonierenden Truppen. Die Festlichkeiten selbst finden am 1., 2. und 3. Juli statt. Festgottesdienste und Feldgottesdienste, Festreden der städtischen Körperschaften, ein historischer Festzug, Festkonzerte und Festvorstellungen im Stadttheater sind vorgesehen. Zur Festvorstellung wird ein Werk Paul Heyes „Kolberg 1807“ in Szene gesetzt werden. — In Naugard in Pommern wird binnen kurzem ein Denkmal für den Freiheitskämpfer v. Schill errichtet. Die Vorbereitungen des Denkmals sind soweit gediehen, daß mit der Aufstellung begonnen werden kann. Dem Hauptbestandteil des Denkmals wird ein gewaltiger Formsteinblock, ein sogenanntes „Felsenstein“, bilden, den Ritterschlosser Hauptmann von Demard auf Schill gestiftet hat. Die Entwürfe und Einweihung des Denkmals findet Mitte Februar statt, in welchen Tagen hundert Jahre vergangen sind, seit Schill die Stadt Naugard heldenmüthig gegen die große Uebermacht der Franzosen verteidigte.

* (Bei der internationalen Flottenparade) die von der Oberkriegsmarine in Kiel abgegangen, die von den britischen Flotten der verschiedenen Staaten in Jamesstown veranstaltet wird, werden, wie uns aus Kiel gemeldet wird, der große Kreuzer „Moon“ und ein noch größerer und bestimmter kleiner Kreuzer die deutschen Farben zeigen. „Moon“ erhebt die Befehl, sich für die Ausreise, die im März erfolgen soll, bereit zu halten.

* (Kaiserliche Intentionen.) Vom Niederberg in Schlesien nach dem in der niederbergischen Stadt Kempen bildet anlässlich der Wiedergeburt, die am zweiten Weihnachtsfest gehalten werden ist, das Tagesgespräch. Der Prebiger vedemate die Tolozanz und rede die Intentionen des Wort. U. a. behauptete er, diejenigen seien keine wahren Katholiken, die mit Protestanten verkehrten. Die Verpöschung der Konstitution ist in solchen Bedenken, nimmt sich nicht weniger als in solchen Bedenken Frieden aus. Und da behauptet die ultramontane Presse nach, es werde von den antiantimonialen Parteien ein Kulturkampf in Szene gesetzt.

* (Mitglieder v. M.) wird, der bekanntlich in einer Kontrollvermittlung in Mannheim gegen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Franz unvorschriftsmäßig und beleidigend vorgegangen ist, befindet sich, wie aus Mannheim berichtet wird, gegenwärtig in irreärztlicher Behandlung.

* (Sträf.) Den 600 streifenden Arbeitern der Bogisländischen Baummüllerei in Hof (Bayern) wurden ihre Forderungen bewilligt. Die Streikenden haben die Arbeit wieder aufgenommen.

* (Der Eiseis auf der Elbe.) Die Umschlagstelle der beiden (Böhmen) einmündigen Bahnen konnte heute Wrehtren sind von dem Hauptbahnhof gedingende Eise abgeholt werden.

* (Wendstürme.) Aus Dortmund wird berichtet, daß im Hauptbezirk 18 neue Erkrankungen an Wendstürme und 13 Todesfälle daran beidseitig gemeldet wurden. Die Epidemie nahm in jeder Woche noch zu.

* (Verhaftung eines Deserteurs in Hamburg.) Auf St. Pauli in Hamburg wurde am Dienstag ein maskierter Mann verhaftet. Er ist der 24-jährige Deserteur Niemeyer vom 30. Infanterieregiment in Saxonsfeld, Sohn eines hiesigen Inhabers. Die Waffensache, die er seiner Festnahme mitnahm, hat der Mann, der hier als Pächter lebt, und zahlreiche Einträge maskiert verhaftet, mit einem Revolver versehen, das wurde dabei verhaftet.

* (Carinensburg.) Aus Perpignan (Frankreich) wird berichtet, daß an der spanischen Grenze inolge eines Ausbruches der Richter in der Gemeinde Coudron umfihrte, als gerade eine Waffe abgeholt wurde. Zahlreiche Personen wurden getötet oder verletzt.

* (Eis und Wasser.) Das Treiben der Eder hatte sich nach Eintritt des Landedes bei dem Dorfe Giesmar (Heg. Kreis) demart angefaßt, daß die Eder über ihre Ufer trat und die ganze Gemarkung binnen kurzem einem See gleich. In ihrer Not wandten sich die betroffenen Gemeinden an die Wittabehörde in Kassel um Hilfe. Diese schickte ein Kommando der Mülbener Pioniere, welche das Eis nach angelegener Arbeit mit Dynamit sprengten, so daß die Eder nunmehr wieder ihren alten Lauf, doch in der Ueberflutungs-Schaden ein sehr beträchtlicher. Bei Wasserfurch wurde das Gäßrige Schichten eines Wasserfellers, das den Eisgang zufuhr, von den Wellen fortgerissen und ertrank.

* (Der Düsseldorf Wanjelich) ist endlich erwirkt. Ein am 1. Januar im Museum für Kunstgewerbe in Hamburg verhaftet aufgesehener Mann, ein Freischüler, der damals verhaftet wurde, hat jetzt gefunden, den in der Nacht vom 2. Dezember im Düsseldorf'schen Museum begangenen Wanjelich nachzuforscht zu haben. Er hat nach den gestohlenen 28 Münzen, die einen Wert von p. a. 4000 Mark haben, fünf in Köln durch Dienstleute, den Rest in Wien persönlich verkauft; in Düsseldorf erlank er durch einen Sprung aus dem ersten Stockwerk des Museums auf die Straße, wobei er sich eine Schennergrenzung zuzog.

* (Eine Salzmalzerbande) wurde in Schmalz nach dem Breslau (Schlesien) verhaftet. Die aus Ostfalen stammenden vier Salzmalzer hatten schon seit



Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 Mk., monatlich 35 Pf.; durch die Verkäufler und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten und Quas 1,25 Mk. Einzelnummern 5 Pf.
Gesamt monatlich 6 mal vormittags 8 bis 11 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
esseitiges illustriertes sonntagsblatt mit 12facher Modebeilage.
esseitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf.; kleinste Anzeigen 25 Pf. (Namen pro Seite 30 Pf.). Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigenstellen entgegengenommen.
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Für unerlangte Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 8.

Donnerstag den 10. Januar 1907.

33. Jahrg.

Das neue Einkommensteuergesetz und die Einkommensteuererklärung.

(Nachdruck verboten.)

Die kritische Zeit der Abgabe der Einkommensteuererklärungen ist wieder gekommen. Für die Einkommensteuererklärung für das Steuerjahr vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 gelangen die Vorschriften des preussischen Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906 zum ersten Mal zur Anwendung. Die Ausfüllung des Formulars für die Einkommensteuererklärung hat deshalb unter Beachtung der neuen gesetzlichen Bestimmungen zu erfolgen und ist ganz anders zu bestreiten wie bisher. Das neue Einkommensteuergesetz mit seinen tiefgehenden und einschneidenden Veränderungen, mit seinen vielen und oft nicht leicht auslegenden Bestimmungen wird nicht weniger wie das bisher in Geltung gewesene Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 eine große Menge preussischer Staatsbürger viel Kopfzerbrechen und Sorgen machen, namentlich jetzt zu der Zeit, wo die Steuererklärungen abzugeben sind.

Die nachfolgenden Ausführungen sollen dazu dienen, den Steuerpflichtigen in gemeinverständlicher Weise mit den neuen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes vertraut zu machen und für eine möglichst richtige Ausfüllung der Steuererklärung von Nutzen zu sein.

Die Pflicht, eine Einkommensteuererklärung abzugeben, hat jeder, der zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung aufgefordert ist.

Gibt er sie innerhalb der ihm gestellten Frist nicht ab, hat er neben der veranlagten Staatseinkommensteuer einen Zuschlag von 5 Proz. zu derselben zu zahlen. Nach Ablauf der ihm gestellten Frist wird der Steuerpflichtige nochmals zur Abgabe einer Steuererklärung aufgefordert und hat, falls er auf die wiederholte Aufforderung nicht längstens innerhalb 2 Wochen die von ihm geforderte Einkommensteuererklärung abgibt, einen weiteren Steuerzuschlag von 25 Proz. zu entrichten. Gebe deshalb jeder, der dazu aufgefordert ist, fristzeitig seine Steuererklärung ab.

Die Einkommensteuererklärung ist spätestens bis zum 21. Januar 1907 dem Vorliegenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission (in den Landkreisen der Landrat, in den Stadtkreisen der erste Bürgermeister) einzureichen. Auf hinreichend begründeten Antrag eines Steuerpflichtigen, z. B. daß ein Geschäftsmann erst am 1. Februar 1907 mit dem Bücherabschluss fertig wird, kann sowohl die in der öffentlichen Bekanntmachung als auch die in der besonderen Aufforderung gestellte Frist angemessen verlängert werden, in der Regel bis höchstens Mitte Februar. Der Antrag auf Verlängerung der Frist muß vor dem 21. Januar 1907 gestellt werden.

Die Ausfüllung des Formulars für die Einkommensteuererklärung hat damit zu beginnen, daß der Steuerpflichtige seinen Namen, Stand und Wohnung an der dafür bestimmten Stelle in das Formular einträgt. Es sei bereits hier darauf hingewiesen, daß Steuererklärungen, welche in formeller Hinsicht wesentliche Vorschriften des Gesetzes nicht beachten, indem z. B. die einzelnen Einnahmequellen nicht auseinandergehalten sind oder am Schlusse der Steuererklärung die vorgeschriebene Versicherung oder die Unterschrift fehlt, als vorchriftsmäßige Steuererklärungen nicht gelten und als nicht abgegeben angesehen werden.

Nach Angabe von Namen, Stand und Wohnung des Steuerpflichtigen ist in der Steuererklärung der Gesamtbetrag des Einkommens anzugeben und zwar getrennt nach den einzelnen Einkommensquellen aus

- a) Kapitalvermögen,
- b) Grundvermögen, Pachtungen und Mieten,

c) Handel, Gewerbe und Bergbau, d) Gewinn bringender Beschäftigung.
Sodann sind Schuldzinsen und Lasten, deren Abzug beantragt wird, einzutragen.

Das Einkommen aus Gewerbe oder Grundbesitz in anderen deutschen Bundesstaaten oder in deutschen Schutzgebieten ist steuerfrei.

Das Einkommen aus dem außerhalb des Veranlagungsbezirks in Preußen belegenen Grundbesitz oder Gewerbebetriebe ist in einer besonderen Unterabteilung mitzuteilen; ebenso die bei dem defizitieren Einkommen aus Grundvermögen und aus Handel und Gewerbe in Abzug gebrachte Grundsteuer, Gebäudesteuer und Gewerbesteuer und, von Mitgliedern einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in besonderer Rubrik, wie hoch der in dem defizitieren Einkommen einbezogene, im Kalenderjahr 1906 empfangene Gesellschafts-Gewinnanteil sich stellt.

Ueber den Kreis der physischen (natürlichen) Personen — Menschen von Fleisch und Blut — ausgedehnt hatte schon das alte Einkommensteuergesetz die Steuerpflicht auf Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Bergengesellschaften, sowie auf diejenigen eingetragenen Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, ferner auf diejenigen Konsumvereine mit juristischer Persönlichkeit, welche einen offenen Laden halten.

Das neue Einkommensteuergesetz hat die Steuerpflicht weiter ausgedehnt auf alle

a) Vereine, einschließlich eingetragener Genossenschaften, zum gemeinsamen Erlaube von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und kleinen, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder nicht hinausgeht (Konsumvereine),

b) Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sofern sie in Preußen ihren Sitz haben.

Konsumvereine, welche durch billige Abgabe ihrer Waren einen jährlichen Lebensfuß von mehr als 900 Mk. nicht erlangen, sind steuerfrei.

Als steuerpflichtiges Einkommen der Gesellschaften mit beschränkter Haftung gilt der nach der Inventur und Bilanz sich ergebende Geschäftsgewinn. Von dem Mitgliede einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung wird derjenige Teil der auf ihn veranlagten Einkommensteuer nicht erhoben, welchen er als Gewinnanteil aus

der Gesellschaft im

Veranlagungs- oder

Erklärungsjahre

abgezogen

hat

er

anlagte

bei

der

er

er

Tarif für die übrigen Steuerpflichtigen. Für letztere ist der Steuerfuß bis zu einem Einkommen von 100 000 Mk. progressiv, das heißt, je höher das Einkommen ist, desto höher stellt sich in Prozenten des Einkommens der Steuerfuß. Wer beispielsweise 12 000 Mk. Einkommen hat, muß 360 Mk. Staatseinkommensteuer zahlen, das heißt, von jedem hundert Mark zahlt er 3 Mk. (3 Proz.). Wer die Hälfte, 6 000 Mk. Einkommen hat, zahlt nun nicht etwa die Hälfte von 360 Mk., sondern er zahlt weniger, nämlich nur 146 Mk. Staatseinkommensteuer, das heißt, von jedem hundert zahlt er nicht voll 2 Mk. 50 Pf. (2 1/2 Proz.). Wer nun nur 3 000 Mk. Einkommen hat, zahlt wiederum nicht etwa die Hälfte von 146 Mk., sondern er zahlt nur 52 Mk. Staatseinkommensteuer (1 2/3 Proz.). Der Steuerfuß belafet das Einkommen, nach den mittleren Beträgen der Stufen berechnet, in der untersten Stufe (900—1050 Mk. Einkommen) mit 0,62 Proz., in der 10. Stufe (2700—3000 Mk. Einkommen) bereits mit 1,82 Proz., in der 26. Stufe (9500—10500 Mk. Einkommen) mit 3 Proz., Einkommen von 100 000 Mk. und höher mit 4 Proz. Von 100 000 Mk. Einkommen ab bleibt der Steuerfuß progressional unverändert, der Steuerfuß stellt sich auf 4 Proz. des Einkommens ohne Unterschied, ob der Steuerpflichtige 200 000 Mk., 800 000 Mk. oder über eine Million Einkommen hat.

Die Berücksichtigung der Gewährung von Unterhalt an Kinder ist nicht nur, wie bisher, bei Steuerpflichtigen bis zu 3000 Mark, sondern fortan bei Steuerpflichtigen bis zu 6500 Mk. Einkommen vorgeschrieben, ferner findet nach dem neuen Einkommensteuergesetz eine Ermäßigung der Steuerfüße statt nicht nur wegen zu unterhaltender Kinder unter 14 Jahren, sondern auch wegen noch zu unterhaltender älterer Kinder und wegen zu unterhaltender anderer Angehöriger.

Nach den neuen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes ist einem Steuerpflichtigen, dessen Einkommen den Betrag von 3000 Mk. nicht übersteigt, von dem steuerpflichtigen Einkommen für jedes Kind oder anderen Familienangehörigen, welchen er auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt gewährt, der Betrag von 50 Mk. in Abzug zu bringen mit der Maßgabe, daß in jedem Falle eine Ermäßigung stattfinden muß um eine Steuerstufe bei dem Vorhandensein von 3 oder 4, um zwei Steuerstufen bei dem Vorhandensein von 5 oder mehr derartigen Familienmitgliedern.

Bei Einkommen von mehr als 3000 Mk., aber nicht mehr als 6500 Mk. muß Ermäßigung erfolgen um eine Stufe bei 3 oder 4, um zwei Stufen bei 5 oder mehr zu unterhaltenden Kindern oder Familienangehörigen.

Bei der Feststellung der vorerwähnten, für die Ermäßigung maßgebenden Personenzahl werden nicht mitgerechnet die Ehefrau des Steuerpflichtigen und diejenigen Kinder und Angehörigen, welche das 14. Lebensjahr überschritten haben und entweder im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe des Steuerpflichtigen dauernd tätig sind oder ein eigenes Einkommen von mehr als der Hälfte des ordentlichen Tagelohns nach ihrer Altersklasse und nach ihrem Geschlecht haben.

Ist ein Steuerpflichtiger außergewöhnlich belafet durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, durch andauernde Krankheit, so kann nach dem Gesetz eine Ermäßigung des Steuerfußes um 1—3 Stufen stattfinden, sofern das steuerpflichtige Einkommen 9 500 Mk. jährlich nicht übersteigt.

In der Einkommensteuererklärung ist ein entsprechender Vordruck vorzugeben, und der Steuerpflichtige hat an dieser Stelle der Steuererklärung wegen Ermäßigung des Steuerfußes die erforderlichen Angaben über Zahl und Alter der von ihm zu unterhaltenden Kinder und Angehörigen zu machen. (Schluß folgt.)

